

Regierungsprogramm

2004 – 2008

Finanzplan 2005 – 2008



KANTON
URI

12. Januar 2005

INHALT REGIERUNGSPROGRAMM 2004–2008

	Seite
I. Standortbestimmung	6
II. Aufbau des Regierungsprogramms	7
III. Entwicklungsziele	8
IV. Legislaturziele und Massnahmen	9
A. Uri ist ein starker, selbstbewusster Kanton und ein verlässlicher Partner auf allen Ebenen, nach aussen und innen	9
A.1. bis 2008 eine ausgeglichene laufende Rechnung erreichen sowie die Nettolast auf 165 Mio. Franken begrenzen	9
A.2. zur Erhöhung der Effizienz und Leistungsfähigkeit die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden verstärken und diese auch unter den Gemeinden fördern	9
A.3. unsere Staatsstrukturen mit Blick auf die Leistungsfähigkeit überdenken	9
A.4. unser Selbstvertrauen stärken und das Ansehen Uris nach aussen fördern	9
A.5. eine effiziente, schlanke und kundenfreundliche Verwaltung	9
A.6. in wirksamen Bereichen verstärkt mit anderen Kantonen zusammenarbeiten	9
B. Uri ist ein bevorzugter Wohnkanton und attraktiv für Unternehmungen	10
B.1. die Abwanderung stoppen und die Wohnattraktivität Uris steigern	10
B.2. die bestehenden Unternehmungen in Uri stärken	10
B.3. uns bei der Ansiedlung neuer Unternehmungen auf die kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) konzentrieren	10
B.4. die Stärken und Schwächen der Urner Wirtschaft näher ergründen	10
B.5. den Strukturwandel in der Landwirtschaft möglichst marktorientiert und sozialverträglich unterstützen	10
B.6. die Stärken der Landschaft und des Kulturraums touristisch besser nutzen und die touristische Infrastruktur, aufbauend auf der bestehenden, stärken	10
C. Uri besitzt ein erstklassiges Bildungssystem	11
C.1. das bestehende Bildungssystem koordiniert mit den anderen Kantonen weiterentwickeln	11
C.2. qualitativ hoch stehende Schulen bis und mit Sekundarstufe II anbieten	11
C.3. die Strukturen unserer Schulen verbessern	11
D. Uri hat ein starkes Zentrum im unteren Reusstal mit Ausstrahlungskraft auf alle Regionen	12
D.1. den Raum Uri nach den Stärken der einzelnen Kantonsteile nutzen	12
D.2. das untere Reusstal zu einem Zentrum mit Ausstrahlungskraft für alle Kantonsteile machen	12
D.3. uns für eine umwelt- und raumverträgliche Linienführung der Neat einsetzen mit dem Fernziel der Verlagerung in den Berg	12
E. Uri nutzt den Verkehr und hat Infrastrukturanlagen für Verkehr und Sicherheit auf Strasse und Schiene mit neuen Arbeitsplätzen	13
E.1. mit unserer Kernkompetenz im Bereich Verkehr und Sicherheit Arbeitsplätze schaffen	13
E.2. den Verkehr mit seiner Infrastruktur als wirtschaftsstärkenden Partner nutzen	13
E.3. ein Schwerverkehrszentrum in Uri	13
E.4. ein Regionalzentrum der Nationalstrasse in Uri	13
E.5. aus dem Bau der Neat Nutzen ziehen	13
V. Gesetzgebungsprogramm	14
VI. Schluss	16

INHALT FINANZPLAN 2005–2008

	Seite
I Übersicht	17
1. Verwaltungsrechnung	17
1.1 Ergebnis	17
1.2 Beurteilung	18
II Planungsgrundlagen	19
2. Allgemeine Annahmen	19
3. Zuwachsraten und Abschreibungen	19
3.1 Wirtschaftsentwicklung	19
3.2 Lohnzuwachs	19
3.3 Steuererträge	19
3.4 Abschreibungen	19
4. Bundesfinanzpolitik	19
4.1 Finanzkraftindex 2006/2007	19
4.2 Steuerpolitik des Bundes	19
4.3 Entlastungsprogramme 2003 und 2004	19
4.4 Gewinnanteile Schweizerische Nationalbank und überschüssige Goldreserven	20
4.5 Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen	20
4.6 Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung in Paketen	20
5. Kantonale Finanzpolitik	21
5.1 Ziele	21
5.2 Massnahmen	21
5.2.1 Finanzrahmen	21
5.2.2 Entlastungsprogramm Uri 2004	21
5.2.3 NFA-Umsetzung	21
5.2.4 Steuerentlastung	22
III Rückblick auf den Finanzplan 2001–2004	23
6. Resultate	23
6.1 Verwaltungsrechnung	23
6.2 Nettolast	23
IV Ergebnis Finanzplan 2005–2008	24
7. Aufwand und Ertrag nach Gliederungen	24
7.1 Artengliederung	24
7.1.1 Aufwand Laufende Rechnung	24
7.1.2 Ertrag Laufende Rechnung	24
7.1.3 Ausgaben Investitionsrechnung	25
7.1.4 Einnahmen Investitionsrechnung	25
7.2 Funktionale Gliederung (Aufwand/Ausgaben)	26
7.3 Institutionelle Gliederung	27
7.3.1 Laufende Rechnung	27
7.3.2 Investitionsrechnung	30
8. Bestandesrechnung	31
8.1 Verwaltungsvermögen	31
8.2 Eigenkapital	31
9. Finanzbedarf und Finanzierung	32

	Seite
10. Tabellen und Grafiken	32
10.1 Institutionelle Gliederung, Verwaltungsrechnung	32
10.2 Anteile der Bundesbeiträge und Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen verglichen mit den konsolidierten Gesamtausgaben	33
10.3 Werkgebundene und werkungebundene Beiträge des Bundes bzw. Anteile an Bundeserträgen	34
10.4 Zweckungebundene Erträge	35
10.5 Kennzahlen der Finanzlage	35
10.6 Nettolast	36
10.7 Brutto- und Nettoinvestitionen	37
10.8 Nettoinvestitionen und Selbstfinanzierung	38
10.9 Beiträge des Kantons an Bund, Kantone und Gemeinden	39

Regierungsprogramm 2004 – 2008

I. STANDORTBESTIMMUNG

Über den Kanton hinaus betrachtet und gestützt auf die Erkenntnisse, die der Bundesrat in seinen Planungsinstrumenten gewonnen hat, zeigt sich, dass sich die Wirtschaft nur langsam erholt. Der Druck auf den Staat und die Wirtschaft, Strukturanpassungen vorzunehmen, hält unvermindert an. Die Globalisierung der Wirtschaft schreitet fort und verschärft sich mit Blick auf den Integrationsprozess auf der EU-Ebene. Die Individualisierung in der Gesellschaft nimmt zu und die Politik polarisiert sich noch stärker, woraus folgt, dass Reformen nur mit grossen Anstrengungen und erheblichem Aufwand verwirklicht werden können.

Die Bundespolitik wird zudem geprägt sein von finanzpolitischen Entlastungsprogrammen, zu denen sich der Bund aufgrund seiner Haushaltssituation gezwungen sieht. Diese Tatsache wird sich selbstredend auf die Kantonsfinanzen auswirken. Und schliesslich wird die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) unsere Ausgangslage gründlich verändern. Die Entwicklung, die auf der Bundesebene festzustellen ist, beeinflusst das staatliche Handeln in unserem Kanton.

Hinzu kommt, dass unser Kanton besondere Herausforderungen zu bewältigen hat. Wir haben in den letzten 15 Jahren einen Strukturwandel von besonderem Ausmass erlebt. Wir haben in diesem Zeitraum rund 1800 Arbeitsplätze verloren. Neue grössere Betriebe anzusiedeln, erweist sich als schwierig, zumal sich kaum verfügbares Industrie- und Gewerbeland finden lässt. Die lokalen und regionalen Absatzmärkte sind eher bescheiden. Die Wirtschaftsprognosen für Uri sind wenig verheissungsvoll und die Steuerbelastung ist für die Einwohnerinnen und Einwohner, aber auch für die Firmen hoch, was die Gefahr einer erhöhten Abwanderung in sich birgt. Darüber hinaus erweist sich die Finanzlage des Kantons Uri als angespannt. Sie verbietet, alle erforderlichen Massnahmen umfassend und gleichzeitig zu verwirklichen. Im Gegenteil verlangt sie zwingend, dass wir uns mit Entlastungs- und Sparprogrammen sowie mit einer einschneidenden Verzichtspannung auf den Weg der finanziellen Besserung begeben.

Daneben haben wir Stärken, die zu Hoffnungen berechtigen und die zu nutzen sind. Unser Kanton hat eine geringe Arbeitslosigkeit. Die Verkehrserschliessung ist äusserst günstig. Die Naturschönheiten sind überwältigend. Hinzu kommen die Chancen, die die internationale Verkehrsachse, welche unseren Kanton quert, mit sich bringt. Insbesondere der Neat-Bau wird auch in den nächsten Jahren wirtschaftliche Impulse vermitteln, die es nachhaltig zu nutzen gilt. Das

Grossprojekt Neat bietet einerseits die Chance zu einem volkswirtschaftlichen Aufschwung, andererseits kann es zu Beeinträchtigungen führen, denen es zu begegnen gilt. Als Gründerkanton der Schweiz kann Uri auf eine beeindruckende Geschichte zurück blicken. Auch heute erbringen wir überdurchschnittliche Leistungen für die Schweiz. Diese Aussage wird klar, wenn wir an den Transitverkehr denken, der auf der Strasse und auf der Schiene unseren Kanton durchquert. Uri stellt die Strasseninfrastruktur mit Pro-Kopf-Aufwendungen zur Verfügung, die weit über dem schweizerischen Durchschnitt liegen. Diese Werte und Leistungen dürfen wir vorzeigen und in die Waagschale werfen, um Uri als starken Partner des Bundes und der Mitstände zu festigen.

Vor diesem Hintergrund ist unser Regierungsprogramm zu sehen. Wir wollen damit unsere Stärken nutzen und unsere Schwächen mildern, ohne dabei den Blick für die Realität zu verlieren.

II. AUFBAU DES REGIERUNGSPROGRAMMS

Mit dem Regierungsprogramm orientieren wir uns an den grössten Herausforderungen, denen wir uns in den kommenden vier Jahren stellen müssen. Zu diesem Zweck und gestützt auf eine Bewertung der Rahmenbedingungen haben wir uns Ziele gesetzt, nach denen wir unsere Führungsaufgabe schwergewichtig ausrichten wollen. Dabei unterscheiden wir zwischen:

- Entwicklungszielen,
- Legislaturzielen und
- Massnahmen

Diese definieren wir wie folgt:

Entwicklungsziele:

Die Entwicklungsziele sind jene Ziele, die wir in fernerer Zukunft zu erreichen versuchen. Sie haben den Charakter eines Leitbildes und enthalten Visionen. Sie beleuchten die Zielrichtung, in der sich das Regierungsprogramm mit seinen Zielen und Massnahmen bewegen soll. Insofern gehören sie nur indirekt zum Regierungsprogramm.

Legislaturziele:

Demgegenüber sind die Legislaturziele auf die laufende Legislatur ausgerichtet. Sie setzen also den Massstab für die Zeit bis zum Jahr 2008. Dabei ist klar, dass selbst die Legislaturziele in der knappen Zeit, die noch bleibt, und mit den knappen finanziellen Mitteln, die verfügbar sind, nicht vollständig erreicht werden können. Ihre Aufgabe ist denn auch vielmehr, den Weg zu weisen für die Aktivitäten, die wir während der kommenden vier Jahre unternehmen wollen.

Massnahmen: Ergänzt und konkretisiert werden die Legislaturziele durch die Massnahmen, die wir mit dem vorliegenden Programm aufzeigen. Diese Massnahmen sollen realistisch, konkret und messbar sein. Am Ende der Legislatur wollen wir jede Massnahme überprüfen und festhalten, ob sie erfüllt, teilweise erfüllt oder nicht erfüllt ist.

möchten, die aber mit Blick auf unsere Rahmenbedingungen unrealistisch und daher nicht erwähnt sind. Wir müssen den Mut haben zu erkennen, dass nicht alles machbar ist. Es gilt, unsere Bemühungen und Mittel dort einzusetzen, wo sie am wirksamsten sind. Hinzu kommt, dass sich das Regierungsprogramm auf übergeordnete politische Schwerpunkte der Regierungstätigkeit konzentrieren muss, soll es seiner strategischen Bedeutung gerecht werden. Es ist klar, dass die laufenden Aufgaben und weitere Programmpunkte der einzelnen Direktionen erfüllt werden müssen, auch wenn sie im Regierungsprogramm nicht ausdrücklich erwähnt sind.

Regierungsprogramme laufen Gefahr, zu Allgemeinplätzen zu werden. Insbesondere darf ein solches Programm nicht zum reinen Wunschkatalog verkommen. Der Staat kann und will nicht alles beeinflussen. Er muss seine verfügbaren Mittel verhältnismässig und mit dem grössten Nutzen einsetzen. Es gilt, Prioritäten zu setzen. Deshalb haben wir uns bemüht, einerseits unsere Vorstellungen und Absichten möglichst konkret und dementsprechend auch kontrollier- und messbar aufzuzeigen. Das bedingt andererseits, dass wir nicht ein Programm vorstellen können, das allen Anliegen im gleichen Mass gerecht wird. Es gibt Ideen, die wir gerne umsetzen

III. ENTWICKLUNGSZIELE

Die Ausgangslage, die wir mit der Standortbestimmung geschildert haben, ist klar. Uri braucht einen Schub, Uri muss sich bewegen. Ebenso klar ist, dass der kleine Kanton Uri langfristig seine Chancen nur nutzen kann, wenn wir seine Stärken kreativ, gebündelt und zielgerichtet einsetzen nach dem Motto: «Wir packen es». Dabei müssen wir Bisheriges und alt Hergebrachtes hinterfragen und neue Entwicklungsmöglichkeiten mit Weitsicht aufzeigen. Wir spüren die Aufbruchstimmung in der Bevölkerung, die an die Zukunft des Kantons Uri glaubt.

Der Kanton Uri hat gewichtige Standortvorteile: ein gutes Bildungssystem, eine anerkannte Gesundheitsversorgung, überschaubare und sichere Verhältnisse, gute Verkehrerschliessungen, eine einmalige Landschaft und die Nähe zu grösseren Wirtschaftszentren. Diese Vorteile und die zunehmenden Pendlerströme nach aussen legen nahe, uns vermehrt als Wohnortkanton auszurichten. Das setzt voraus, dass wir einen intakten Lebensraum anbieten. Mit Blick darauf wollen wir unsere Bemühungen, neue Unternehmungen in Uri anzusiedeln, fortsetzen, unser Augenmerk aber ebenso sehr auf die Pflege der ansässigen Betriebe richten. Mit raumplanerischen und anderen Massnahmen wollen wir den Urner Talboden als eigentliches Wirtschaftszentrum fördern und die übrigen Regionen ebenfalls nach ihren Stärken ausrichten. Wir wollen die Synergien der internationalen Verkehrsverbindungen auf der Strasse und Schiene nutzen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Ziele setzen voraus, dass wir die Finanzen des Kantons sanieren und mittelfristig steuerliche Entlastungen vornehmen, um die Attraktivität unseres Kantons als Wohn- und Wirtschaftskanton zu steigern.

Daraus ergibt sich die Vision, wie wir uns unseren Kanton in ferner Zukunft vorstellen. Wir umschreiben sie mit folgenden

Entwicklungszielen

Der Regierungsrat will erreichen, dass der Kanton Uri in ferner Zukunft folgendermassen aussieht:

- A. Uri ist ein starker, selbstbewusster Kanton und ein verlässlicher Partner auf allen Ebenen, nach aussen und innen
- B. Uri ist ein bevorzugter Wohnkanton und attraktiv für Unternehmungen
- C. Uri besitzt ein erstklassiges Bildungssystem
- D. Uri hat ein starkes Zentrum im unteren Reusstal mit Ausstrahlungskraft auf alle Regionen
- E. Uri nutzt den Verkehr und hat Infrastrukturanlagen für Verkehr und Sicherheit auf Strasse und Schiene mit neuen Arbeitsplätzen

IV. LEGISLATURZIELE UND MASSNAHMEN

Um den langfristigen, visionären Entwicklungszielen näher zu kommen, setzen wir uns konkretere Legislaturziele, die wir in dieser Legislaturperiode anpeilen. Dabei ist klar, dass diese Ziele zwar alle im Interesse unseres Kantons stehen, dass sie aber miteinander in Widerspruch geraten können. Deshalb ist jedes Ziel mit den übrigen zu messen, um so letztlich die günstigste Wirkung für uns alle zu erzielen. Zudem sind die beschränkten finanziellen Mittel zu beachten, die uns zur Verfügung stehen.

Es ist für uns selbstverständlich, dass wir dabei mit den Beteiligten und Partnern, insbesondere mit den Gemeinden, zusammenarbeiten, ohne das bei jedem Ziel, bei jeder Massnahme zu wiederholen.

A. Uri ist ein starker, selbstbewusster Kanton und ein verlässlicher Partner auf allen Ebenen, nach aussen und innen

Uri will als starker und selbstbewusster Kanton weiterhin zuverlässiges Glied der modernen Schweiz sein. Die Staatsstrukturen aller Ebenen und Funktionen dürfen nicht ein für alle Male Gültigkeit beanspruchen; auch sie müssen sich der Entwicklung stellen und sich den gewandelten Gegebenheiten anpassen. Nur so lassen sich die zahlreichen Aufgaben erfüllen, die der Staat bewältigen muss. Die Zusammenarbeit mit dem Bund, mit anderen Kantonen, mit den Gemeinden und mit den Korporationen soll fair, nutzenorientiert und zukunftsgerichtet ausgestaltet werden.

Eine der Grundvoraussetzungen für den erstrebten Aufschwung unseres Kantons ist ein gesunder Finanzhaushalt. Es gilt, den Weg in die vermehrte Verschuldung zu brechen, um so unseren Handlungsspielraum zu erhöhen. Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird uns dabei unterstützen. Im Weiteren soll die Verwaltung positiv wahrgenommen werden. Sie soll straff, modern und kundenfreundlich sein.

Dazu setzen wir uns folgende

Legislaturziele

Wir wollen:

- A.1. 2008 eine ausgeglichene laufende Rechnung erreichen sowie die Nettolast auf 165 Mio. Franken begrenzen ¹⁾
- A.2. zur Erhöhung der Effizienz und Leistungsfähigkeit die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton und den Gemeinden verstärken und diese auch unter den Gemeinden fördern
- A.3. unsere Staatsstrukturen mit Blick auf die Leistungsfähigkeit überdenken
- A.4. unser Selbstvertrauen stärken und das Ansehen Uris nach aussen fördern
- A.5. eine effiziente, schlanke und kundenfreundliche Verwaltung
- A.6. in wirksamen Bereichen verstärkt mit anderen Kantonen zusammenarbeiten

Massnahmen

- Wir setzen das Entlastungsprogramm EPUR04 um
- Wir schaffen eine geeignete Projektorganisation und nutzen den Spielraum der NFA für vorteilhafte Lösungen in Uri
- Wir erarbeiten zusammen mit den Beteiligten und Partnern erste Vorstellungen über zukunftsorientierte Staatsstrukturen (z.B. Kanton, Gemeinden, Korporationen, Gerichte, Erziehungsrat usw.)
- Wir unterstützen die optimierte Zusammenarbeit unter den Gemeinden durch finanzielle Anreize und durch eine entsprechende Subventionspraxis
- Wir überprüfen die Leistungen und Aufgaben des Kantons und richten die Grösse und die Strukturen der Verwaltung darauf aus
- Wir geben neue kostenwirksame Aufgaben und Projekte erst zur Realisierung frei, wenn deren Gesamtfinanzierung gesichert ist
- Wir unterstützen wegweisende Projekte in den Bereichen Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft, die das Image Uris fördern
- Wir prüfen Zusammenarbeitsfelder mit Nachbarkantonen (z.B. Verkehrspolizei, Informatik, Chemiewehr usw.) und ziehen für Uri Nutzen daraus
- Wir stärken das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierungspolitik, indem wir die Öffentlichkeitsarbeit gezielt ausbauen

¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Entscheide über die Goldreserven

B. Uri ist ein bevorzugter Wohnkanton und attraktiv für Unternehmungen

Wir sind überzeugt, dass unser Kanton Chancen hat, als Wohnkanton attraktiver zu werden. Nicht nur die Nähe zu regionalen Arbeitszentren spricht dafür, sondern auch die Lebensbedingungen, die wir anzubieten haben. Neben einem intakten Lebensraum, einem gut ausgebildeten Gesundheits- und Bildungswesen sowie einer ansprechenden Grundversorgung sind es vor allem die ausgeprägte öffentliche Sicherheit und das überdurchschnittlich gute Sozialgefüge, die unseren Kanton auszeichnen.

Unser Kanton hat Chancen, sich als Wirtschaftsstandort zu stärken. Bereits heute kann er auf Branchen mit einem günstigen Entwicklungsprofil zählen. So werden Industrie- und KMU-Zweigen, etwa in den Bereichen Kabel, Gummi, Kunststoff, Maschinen, Stahl und Holzbau, aber auch in den Sektoren der Elektroindustrie und der Energieversorgung, hohe Wachstumschancen zugeschrieben, zumal ihre hohe Qualität und Leistung auch ausserhalb unseres Kantons konkurrenzfähig sind. Die ideale Lage an der Nord-Süd-Achse mit der ausgebauten Autobahn wird für die Wirtschaft an Attraktivität gewinnen.

Aber auch das Neat-Bauwerk berechtigt zu Hoffnungen auf einen Wirtschaftsschub. Im Bau- und Dienstleistungssektor wird das Neat-Projekt einige Impulse vermitteln. Man denke etwa an Dienstleistungen im Bereich Logistik oder Betreuung, Unterkunft und Verpflegung des Personals. Das Neat-Projekt bietet unserem Kanton darüber hinaus die Chance, sich als Träger von grossem Knowhow namentlich im Bereich Verkehr zu profilieren und sich im Tourismusbereich durch innovative Angebote rund um den Verkehr zu differenzieren. Das Ziel, Uri als Wirtschaftsstandort zu stärken, ist damit zwar realistisch, aber ohne eigene Anstrengungen nicht zu erreichen.

Um diesem Leitziel näher zu kommen, setzen wir uns dazu folgende

Legislaturziele

Wir wollen:

- B.1. die Abwanderung stoppen und die Wohnattraktivität steigern
- B.2. die bestehenden Unternehmungen in Uri stärken
- B.3. uns bei der Ansiedlung neuer Unternehmungen auf die kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) konzentrieren
- B.4. die Stärken und Schwächen der Urner Wirtschaft näher ergründen
- B.5. Strukturwandel in der Landwirtschaft möglichst marktorientiert und sozialverträglich unterstützen
- B.6. die Stärken der Landschaft und des Kulturrums touristisch besser nutzen und die touristische Infrastruktur, aufbauend auf der bestehenden, stärken

Massnahmen

- Wir leiten eine gezielte Steuersenkung für natürliche und juristische Personen ein und verbessern die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft
- Wir unterstützen Massnahmen, damit Familie und Beruf auch für Frauen besser vereinbar werden
- Wir entwickeln eine Verkehrsstrategie (öffentlicher Verkehr und Strassen), die die wichtigsten Verbindungen in Uri und in die Pendlerdestinationen stärkt
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundversorgung (Post, Telekommunikation, elektronische Medien, öffentlicher Verkehr und Strassenverbindungen) für die ganze Bevölkerung gewährleistet bleibt, ohne dabei im ganzen Kanton den gleichen Standard sicherzustellen
- Wir tragen im Zusammenhang mit den laufenden Agrarreformen des Bundes den besonderen Verhältnissen der Urner Landwirtschaft mit dem kantonalen Strukturleitbild Rechnung
- Wir unterstützen Vernetzungsprojekte in der Landwirtschaft nach Öko-Qualitätsverordnung
- Wir fördern das Tourismus- und Freizeitangebot entsprechend den Stärken unseres Kantons (z. B. Naturpark und Sportanlagen)
- Wir tragen mit zielgerichteten Massnahmen (wie Raumplanung, Steuern) zur Angebotserweiterung im Bodenmarkt in Uri bei
- Wir entscheiden über neue Strategien, um die Urner Wirtschaft zu fördern
- Wir unterhalten weiterhin ein anerkanntes Regionalspital

I C. Uri besitzt ein erstklassiges Bildungssystem

Uri hat ein gut ausgebautes und anerkanntes Bildungssystem. Dieses ist zu stärken, indem das Schwergewicht auf die Qualitätssicherung gelegt wird. Selbstverständlich ist auch in diesem Bereich wie im ganzen Bildungssektor das Kosten-/Nutzenverhältnis genau abzuwägen. Die Urner Schulangebote sollen nicht nur für Urnerinnen und Urner attraktiv sein, sondern auch für ausserkantonale Lernende. In der Berufsbildung wollen wir die spezifischen Chancen zur Zusammenarbeit nutzen, welche die Urner Wirtschaft bietet.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir uns folgende

Legislaturziele

Wir wollen:

- C.1. bestehende Bildungssystem koordiniert mit den anderen Kantonen weiterentwickeln
- C.2. qualitativ hoch stehende Schulen bis und mit Sekundarstufe II anbieten
- C.3. die Strukturen unserer Schulen verbessern

Massnahmen

- Wir führen an den Urner Volksschulen schrittweise ein Qualitätssicherungssystem ein
- Wir begünstigen die Ausbildung von Lernenden; insbesondere unterstützen wir weitere Lehrstellenverbunde
- Wir setzen das Berufsbildungsgesetz in Koordination mit den anderen Zentralschweizer Kantonen um und stellen ein dezentrales Schulangebot sicher, das auch von ausserkantonalen Lernenden besucht werden soll
- Wir unterstützen den Austausch unter den Kulturen und die Integration ausländischer Personen, insbesondere dadurch, dass wir den Deutschunterricht für ausländische Schulkinder und die Unterstützung des Deutschunterrichts für Erwachsene weiterhin fortsetzen
- Wir klären die Anzahl und Ausgestaltung der Oberstufenmodelle und legen anschliessend die Zahl und Standorte der Oberstufenschulen fest
- Wir prüfen eine Zusammenlegung der Urner Berufsfachschulen und setzen die Zusammenlegung um, wenn sie sich als sinnvoll erweist
- Wir setzen das Projekt HarmoS der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) um, mit dem gesamtschweizerisch verbindliche Bildungsstandards für zentrale Bildungsbereiche geschaffen werden
- Wir führen im Kanton Uri das Kindergartenobligatorium ein
- Wir realisieren in Uri Blockzeiten

D. Uri hat ein starkes Zentrum im unteren Reusstal mit Ausstrahlungskraft auf alle Regionen

Das untere Reusstal hat unbestreitbar vor allem als Wirtschaftsstandort Entwicklungspotenzial. Es gilt, diese Stärke auszubauen und ihr Ausstrahlungskraft für den ganzen Kanton zu verleihen. Andere Kantonsteile demgegenüber sollen gezielt gefördert werden – in touristischer Hinsicht und als Wohnort. Mit einer gezielten Raumordnungs- und Unterstützungspolitik wollen wir die Stärken der Regionen fördern.

Legislaturziele

Wir wollen:

- D.1. den Raum Uri nach den Stärken der einzelnen Kantonsteile nutzen
- D.2. das untere Reusstal zu einem Zentrum mit Ausstrahlungskraft für alle Kantonsteile machen
- D.3. uns für eine umwelt- und raumverträgliche Linienführung der Neat einsetzen mit dem Fernziel der Verlagerung in den Berg

Massnahmen

- Wir überarbeiten den kantonalen Richtplan und definieren so die zweckmässige Raumordnungs-, Erschliessungs- und Verkehrspolitik
- Wir erstreben eine Optimierung der Wasserkraftnutzung und festigen eine Energiepolitik im Interesse unseres Kantons
- Wir erstreben eine optimale und koordinierte Raumnutzung im unteren Reusstal als wirtschaftliches Zentrum Uri mit Wirkung für den ganzen Kanton
- Wir unterstützen Ursern als ein touristisches Freizeit- und Sportzentrum
- Wir prüfen, im Urner Reussdelta ein Naturschutzzentrum einzurichten, welches der Information und Schulung dient
- Wir erwirken in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden und den Elektrizitätsgesellschaften die Verlegung von einzelnen Hochspannungsleitungen
- Wir wirken darauf hin, dass Industriekernzonen im unteren Reusstal verwirklicht werden und gleichen Nutzen und Lasten zwischen den beteiligten Gemeinden aus
- Wir überprüfen in Koordination mit der Neat die Strasseninfrastruktur im unteren Reusstal bis zur Entscheidreife
- Wir legen ein Konzept über die zu treffenden Schutzmassnahmen zum Vollzug des Natur- und Landschaftsschutzes vor und setzen entsprechend einer Prioritätenordnung erste Massnahmen um
- Wir fordern die Sicherung von «Berg lang» und setzen uns für einen umwelt- und raumverträglichen Anschluss an die Stammlinie ein

E. Uri nutzt den Verkehr und hat Infrastrukturanlagen für Verkehr und Sicherheit auf Strasse und Schiene mit neuen Arbeitsplätzen

Der Kanton Uri besitzt eine Jahrhunderte alte Tradition als internationaler Verkehrsweg. Noch heute ziehen wichtige Transitwege der Bahn und des Strassenverkehrs durch Uri. Dadurch haben sich Erfahrungen und Wissen angehäuft. Wir wollen unsere Kenntnisse einsetzen und nutzen, um Uri zu einem starken Partner des Verkehrs zu machen und hier ein Kompetenzzentrum für Verkehr und Sicherheit aufzubauen.

Deshalb setzen wir uns dazu folgende

Legislaturziele

Wir wollen:

- E.1. mit unserer Kernkompetenz im Bereich Verkehr und Sicherheit Arbeitsplätze schaffen
- E.2. den Verkehr mit seiner Infrastruktur als wirtschaftsstärkenden Partner nutzen
- E.3. ein Schwerverkehrszentrum in Uri
- E.4. ein Regionalzentrum der Nationalstrasse in Uri
- E.5. aus dem Bau der Neat Nutzen ziehen

Massnahmen

- Wir realisieren zusammen mit dem Bundesamt für Strassen ein multifunktionales Schwerverkehrszentrum in Uri
- Wir nutzen unsere Kompetenz im Zusammenhang mit der Kontrolle und Lenkung des Schwerverkehrs
- Wir streben an, das Depot Erstfeld langfristig tragfähig umzunutzen
- Wir setzen uns, zusammen mit dem Bund und den Nachbarkantonen, dafür ein, dass ein Regionalzentrum für Nationalstrassen mit Sitz in Uri verwirklicht wird, das Synergien nutzt und die Organisationen des Betriebs und Unterhalts des Gotthard- und Seelisbergtunnels einbezieht
- Wir setzen uns dafür ein, dass sich der Kanton Uri im Besucherzentrum beim Nordportal des Gotthardbasistunnels in Erstfeld positiv präsentiert
- Wir setzen uns dafür ein, dass Uri zum Standort einer gemeinschaftlichen Chemie- und Strahlenwehr der Zentralschweiz in Uri wird. Gleichzeitig sind Synergien auszuloten für zukünftige Schadenwehrorganisationen in Uri (wie Neat, Nationalstrasse)
- studieren das touristische Potenzial der Gotthard-Bergstrecke – insbesondere für die Zeit nach Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels

V. GESETZGEBUNGSPROGRAMM

Aus den vorstehenden Massnahmen, die der Regierungsrat zu den Legislaturzielen beschlossen hat, und aus der laufenden Verwaltungsarbeit leiten wir folgende Gesetzgebungsaufträge für die kommenden Jahre ab. Diese sind nach Direktionen geordnet dargestellt.

Dabei ist zu beachten, dass die Folgegesetzgebung, die sich aus der Umsetzung der NFA ergeben wird, hier nicht vollumfänglich dargestellt ist, sondern im Rahmen eines Gesamtprojekts bearbeitet werden wird.

Baudirektion

- Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB; RB 3.3111)
- Wasserbaugesetz (RB 40.1211)
- Strassenbaugesetz des Kantons Uri (RB 50.1111)
- Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (Submissionsverordnung; RB 3.3112)
- Vollziehungsverordnung zum Strassenbaugesetz des Kantons Uri (RB 50.1115)
- Klasseneinteilung der Strassen (RB 50.1151)

Bildungs- und Kulturdirektion

- Konkordat über die Schulkoordination (RB 10.1131)
- Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen (RB 10.3101)
- Konkordat betreffend Technikum für Obst-, Wein- und Gartenbau in Wädenswil (RB 60.1135)
- Gesetz über Schule und Bildung (Schulgesetz; RB 10.1111)
- Gesetz über den Natur- und Heimatschutz (RB 10.5101)
- Gesetz über das Berufliche Bildungswesen (Berufsbildungsgesetz; RB 70.1111)
- Verordnung zum Schulgesetz (Schulverordnung; RB 10.1115)
- Verordnung über den Schulärztlichen Dienst im Kanton Uri (RB 10.1421)
- Verordnung über den Schulzahnärztlichen Dienst (RB 10.1425)
- Verordnung über Beiträge an den freiwilligen Musikunterricht während der Volksschulzeit (RB 10.1462)
- Verordnung über Beiträge an Sonderschulen (RB 10.1611)
- Verordnung über die Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienverordnung; RB 10.2201)
- Dienst- und Besoldungsverordnung für die Lehrerschaft an der Kantonalen Mittelschule (RB 10.2421)
- Verordnung über die Förderung von Turnen und Sport (RB 10.4111)
- Verordnung über das Dienstverhältnis der Lehrer an den kantonalen Berufsschulen (Berufsschullehrerverordnung; RB 70.1114)

Finanzdirektion

- Gesetz über den Finanzausgleich (RB 3.2131)
- Gesetz über die direkten Steuern im Kanton Uri (RB 3.2211)
- Verordnung über den Finanzausgleich (RB 3.2134)
- Nebenamtsverordnung (RB 2.2251)
- Personalverordnung (RB 2.4211)
- Verordnung über die Staatliche Versicherungskasse Uri (RB 2.4221)
- Verordnung über das Reklamewesen (RB 70.1411)

Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion

- Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz; RB 20.3421)
- Gesetz über das Gesundheitswesen (RB 30.2111)
- Kantonales Umweltgesetz (KGU; neu)
- über Betriebsbeiträge an die Stiftung Uernerische Eingliederungs- und Arbeitswerkstätte für Behinderte (RB 20.3447)
- Verordnung über die Unterstützung der Hilfe und Pflege zuhause (Spitex-Verordnung; RB 30.2116)

Justizdirektion

- Baugesetz des Kantons Uri (RB 40.1111)
- Strafprozessordnung (RB 3.9222)

Landammannamt

- Gesetz über die Öffentlichkeit der Kantonsverwaltung (neu)
- Verordnung über den Landrat (neu)

Sicherheitsdirektion

- Polizeigesetz (neu)
- Gesetz über den Bevölkerungsschutz im Kanton Uri (neu)
- Verordnung über die kantonale Leitungsorganisation im Notstandsfall (RB 3.1291)
- Verordnung über den Zivilschutz (RB 3.6201)
- Verordnung über die Beitragspflicht sowie die Verwendung der Löschsteuer und freiwilligen Beiträge der im Kanton Uri arbeitenden Feuerversicherungs-Gesellschaften (RB 30.3312)
- Kantonale Waldverordnung (RB 40.2111)
- Verordnung zum Bundesgesetz über die Jagd und den Schutz wild lebender Säugetiere und Vögel (Jagdverordnung; RB 40.3111)
- Kantonale Vollziehungsverordnung zum Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (RB 50.2111)

Volkswirtschaftsdirektion

- Gesetz über die Rindviehversicherung im Kanton Uri (Viehversicherungsgesetz; RB 60.2211)
- Tourismusgesetz (neu)
- Verordnung betreffend Massnahmen zur Sanierung der Wohnverhältnisse in Berggebieten (RB 20.3321)

VI. SCHLUSS

Wir sind uns bewusst, dass es nicht einfach sein wird, die Absichten, wie sie im Regierungsprogramm zum Ausdruck kommen, umzusetzen. Wir sind aber überzeugt, dass Uri Potenzial und Chancen hat, die zuversichtlich stimmen. Mit dieser Hoffnung, mit dieser Zuversicht haben wir versucht, sinnvolle Entwicklungs- und Legislaturziele sowie Massnahmen zu definieren. Damit wollen wir agieren, trotz knapper Finanzen und Strukturproblemen, die einen engen Rahmen stecken. Wir fordern alle Urnerinnen und Urner auf, uns mit wachem Geist, Ideenreichtum und Tatkraft in den kommenden Jahren zu unterstützen. Zum Wohl von Land und Volk von Uri!

Altdorf, 12. Januar 2005

Regierungsrat des Kantons Uri

Der Landammann: Josef Arnold

Der Kanzleidirektor: Dr. Peter Huber

Bericht des Regierungsrates an den Landrat zum Finanzplan 2005–2008

vom 12. Januar 2005

In Ausführung von Artikel 58 der Kantonsverfassung (RB 1.1101; KV) sowie Artikel 33 und 45 der Verordnung über den Finanzhaushalt des Kantons Uri (RB 3.2111; FHV) unterbreitet der Regierungsrat dem Landrat den Finanzplan 2005–2008 zur Kenntnisnahme.

I. ÜBERSICHT

1. Verwaltungsrechnung

1.1 Ergebnis (in Fr. 1'000)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008
Laufende Rechnung						
Total Aufwand	297'529	306'374	312'668	312'612	316'598	321'221
Total Ertrag	289'460	300'191	307'582	312'019	306'961	321'337
Ertragsüberschuss						116
Aufwandüberschuss	8'069	6'183	5'086	594	9'637	
Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	123'907	156'460	152'484	195'528	170'334	122'417
Total Einnahmen	97'817	131'892	125'355	164'226	141'608	98'420
Nettoinvestitionszunahme	26'090	24'568	27'129	31'302	28'726	23'997
Finanzierung						
Nettoinvestitionszunahme	26'090	24'568	27'129	31'302	28'726	23'997
Abschreibungen	20'953	20'584	22'950	21'792	22'643	23'952
Aufwandüberschuss	8'069	6'183	5'086	594	9'637	
Ertragsüberschuss						116
Finanzierungsfehlbetrag	13'205	10'166	9'265	10'104	15'720	
Finanzierungsüberschuss						71

Die Finanzplanperiode 2005–2008 ist auf der Aufwand- wie auf der Ertragsseite mit zahlreichen Unsicherheiten verbunden, die über das übliche Mass hinausgehen. Zwei Beispiele sind die Entscheidungen der Bundesbehörden betreffend Entlastungsprogramm 2004 und Goldreserven (siehe auch Bemerkungen zu Ziffer 4.5). Für die Jahre 2005 bis 2008 ergibt sich für die urnerische Verwaltungsrechnung ein durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad von 71.1 Prozent.

Dass die prozentuale Zunahme des Aufwandes gegenüber den Vorjahren im Jahre 2006 bei Null liegt und danach relativ moderat verläuft, ist das Resultat

- einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik ganz allgemein,
- des Entlastungsprogramms Uri 2004 (EPUR04), vgl. Ziffer 5.2.2 und
- des Inkrafttretens der NFA (angenommen per 1. Januar 2008).

Der Ertragseinbruch im Jahre 2007 ergibt sich aus dem Ausgleich der kalten Steuerprogression.

1.2 Beurteilung

Mit dem vorliegenden Finanzplan wird das anvisierte Ziel einer maximalen Nettolast per Ende 2007 von 165 Mio. Franken überschritten (siehe Ziffer 5.2.1). Denn per Ende 2007 ergibt sich aus den Berechnungen eine Nettolast von 170 Mio. Franken (Tabelle 10.6). Damit fehlen zur Erreichung des Ziels noch Entlastungen von 5 Mio. Franken.

Allerdings sind mögliche Realisierungen von Buchgewinnen aus dem Verkauf von Finanzvermögen noch nicht berücksichtig.

Ebenso brauchen viele Massnahmen aus dem EPUR04 noch vertiefte Abklärungen, deren Ergebnisse nicht vor Ende März 2005 zu erwarten und entsprechend im Finanzplan nicht enthalten sind.

Insgesamt kann somit das Ziel des Finanzrahmens erreicht werden. Voraussetzung dazu ist aber weiterhin ein sparsames Ausgabenverhalten aller Entscheidungsträger. Angesichts aller Umstände können die in Aussicht genommenen Ausgaben als verkräftbar bezeichnet werden.

II. PLANUNGSGRUNDLAGEN

2. Allgemeine Annahmen

	2005	2006	2007	2008
Teuerung des Vorjahres	1.5%	1.0%	1.2%	1.5%
Wachstumsrate Löhne ¹⁾	2.0%	1.5%	1.7%	2.0%
BIP real	1.0%	1.0%	1.0%	1.0%
Steuerfuss	105%	105%	105%	105%
Verzinsung Fonds / Spezialfinanzierungen etc. ²⁾	0.5%	0.5%	0.5%	0.5%

1) Mit dem Entlastungsprogramm Uri 2004 (EPUR04) wurde beschlossen, dass für die Jahre 2006 bis 2008 mindestens 0.5 Prozentpunkte Teuerung nicht ausgeglichen werden.

2) Mit dem Entlastungsprogramm Uri 2004 (EPUR04) wurde beschlossen, dass für die Jahre 2006 bis 2008 die Fonds und Spezialfinanzierungen nur minimal verzinst werden.

3. Zuwachsraten und Abschreibungen

3.1 Wirtschaftsentwicklung

Für das gesamtschweizerische Wirtschaftswachstum wird mit einem Realwachstum des Bruttoinlandprodukts (BIP real) von ca. 1.8 Prozent (für 2005) gerechnet. Die Vergangenheit zeigt, dass der Kanton Uri grundsätzlich von einem tieferen BIP auszugehen hat. Daher wurde für das BIP 1 Prozent eingesetzt.

3.2 Lohnzuwachs

Nebst dem teilweisen Ausgleich der Teuerung wird für den Stufenanstieg und die Neubewertungen 1 Prozent eingesetzt. Zusammen mit der auszugleichenden Teuerung ergibt sich daraus die Wachstumsrate der Löhne.

3.3 Steuererträge

Für die kommenden Jahre wird mit einer Zunahme zwischen 2.5 und 3.5 Prozent gerechnet. Auf das Jahr 2007 hin wird erwartet, dass die kalte Steuerprogression auszugleichen ist, woraus zukünftig ein jährlicher Steuerausfall von 7 Mio. Franken resultieren wird. Bezüglich Demographie wird von gleich bleibenden Zahlen ausgegangen.

3.4 Abschreibungen

Für die Jahre 2006 und 2007 wurden die Abschreibungssätze für Investitionsbeiträge gemäss Artikel 19 FHV von bisher 25% auf neu 20% reduziert.

4. Bundesfinanzpolitik

Die Bundeseinflüsse auf den Kanton Uri sind gross und vielfältig. Die nachfolgenden Hinweise stellen eine Auswahl dar.

4.1 Finanzkraftindex 2006/2007

Wir rechnen damit, dass die NFA im Jahr 2008 eingeführt wird. Für die Jahre 2006 und 2007 wird somit ein letztes Mal der Finanzkraftindex nach alter Berechnung festgelegt werden. Wir erwarten eigentlich nochmals eine leichte Rückstufung unserer Finanzkraft. Ausschlaggebend sind aber nicht nur die eigenen Veränderungen, sondern auch diejenigen der anderen Kantone. Der Bundesrat legt den Index im Herbst 2005 fest. Im vorliegenden Finanzplan wird mit dem gleichen Index gerechnet wie für die Jahre 2004 und 2005 (Finanzkraftindex Uri = 51 Punkte).

4.2 Steuerpolitik des Bundes

Das Volk hat am 16. Mai 2004 das Steuerpaket 2001 abgelehnt. Somit treffen die ins Auge gefassten Ausfälle beim Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer und bei den Kantonssteuern nicht ein. Wir gehen davon aus, dass im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung der Bund neben dem Splitting-Modell neu auch die Individualbesteuerung prüft. Dies kann aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Die Vorstellungen des Bundes zur Unternehmensbesteuerung sowie zur Familienbesteuerung und entsprechend deren finanzielle Auswirkungen auf die Kantone sind zurzeit unklar.

4.3 Entlastungsprogramme 2003 und 2004

Der Bundeshaushalt ist weiterhin stark in Schieflage. 2003 musste ein Defizit in der Bundesrechnung von 2.8 Mia. Franken ausgewiesen werden (Defizit 2002: 3.3 Mia. Franken). Parlament und Bundesrat wollen die negative Entwick-

lung korrigieren. Das Parlament hat ein Entlastungsprogramm 2003 verabschiedet, welches schrittweise umgesetzt wird und ab 2006 eine jährliche Entlastung von 3 Mia. Franken bringen wird. Wir haben die Auswirkungen auf 0.3–0.5 Mio. Franken jährlich geschätzt.

Mit dem Entlastungsprogramm 2003 werden die Rechnungen des Bundes noch nicht im Sinne der Schuldenbremse abschliessen können. Der Bundesrat hat deshalb das Entlastungsprogramm 2004 (EP04) ausgearbeitet. Es soll zusammen mit den Ausgabenkürzungen zum Bundesbudget 2005 und einer Aufgabenverzichtspannung für 2006 Einsparungen von 0.9 Mia. und ab 2007 Einsparungen von 1.6 Mia. Franken bringen. Die Eidgenössische Finanzverwaltung hat am 30. Juni 2004 Planungsbeschlüsse zum EP04 kommuniziert. Trotz Verabschiedung des Bundesbudget 2005 im eidgenössischen Parlament ist es noch nicht klar, in welchen Bereichen schliesslich Einsparungen gemacht werden sollen. Bundesrat und Parlament sind sich diesbezüglich nicht einig. Die Kantone werden voraussichtlich in der Prämienverbilligung gemäss KVG, im Asylbereich, in der Bildung und im Verkehr (Kürzung der nicht werkgebundenen Beiträge, Regionalverkehr) betroffen sein. Wir rechnen mit einer Mehrbelastung von ca. 1.4 Mio. Franken für den Kanton Uri ab dem Jahre 2005 und haben dies im Finanzplan vorgesehen.

4.4 Gewinnanteile Schweizerische Nationalbank (SNB) und überschüssige Goldreserven

Der Kanton Uri erhält im Moment 11.2 Mio. Franken als Anteil am Reingewinn der SNB und aus Erträgen der überschüssigen Goldreserven 1.8 Mio. Franken, total 13 Mio. Franken.

Der Entscheid über die Verteilung der überschüssigen Goldreserven – dem Kanton Uri würden ca. 95 Mio. Franken zufallen – schien durch das Nichteintreten des Ständerats auf die Begehren des Nationalrates gefallen. Aufgrund des Verhaltens des Bundesrates wurde die Ausschüttung an die Kantone erneut vertagt und ist damit wieder unsicher geworden. Sollten dem Kanton Uri nach bestehendem Recht der entsprechende Anteil aus dem Verkauf der überschüssigen Goldreserven überwiesen werden und damit Schulden getilgt, könnte die Zinslast zwischen 3 und 4 Mio. Franken jährlich gesenkt werden. Gleichzeitig werden sich aber gegenüber heute die jährlichen Ausschüttungen der Nationalbank an den Kanton Uri um ca. 2 Mio. Franken reduzieren, dies ohne Berücksichtigung der Volksabstimmung über die KOSA-Initiative, welche eine Halbierung der bisherigen Ausschüttung an den Kanton Uri bedeuten würde.

Angesichts dieser Unsicherheiten wurden im Finanzplan unter diesem Titel jährlich weiterhin 13 Mio. Franken eingestellt.

4.5 Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Am 28. November 2004 haben Volk und Stände der NFA zugestimmt. Die Einführung ist auf 2008 vorgesehen. Der Kanton Uri wird nach der im Jahre 2004 veröffentlichten Globalbilanz jährlich mit rund 22 Mio. Franken netto von der NFA profitieren. Diese Annahme ist – entsprechend dem Legislaturziel einer ausgeglichenen Rechnung – im Finanzplanjahr 2008 mit 13 Mio Franken als Nettoverbesserung enthalten. Die restlichen 9 Mio Franken sind für anstehende Massnahmen gedacht, etwa für den Schuldenabbau, Steuer-senkungen, Abschreibung des Bilanzfehlbetrags usw.

Zu bedenken ist aber, dass die Umsetzung der NFA im Kanton Uri im Finanzplan nicht vorweggenommen werden kann. Deshalb kann es sich bei den Finanzplanzahlen für das Jahr 2008 nur um rechnerische Fortschreibungen der Vorjahreszahlen und um nicht gefestigte Annahmen handeln. Für die Diskussion der finanzpolitischen Ziele siehe Ziffer 5.1.

4.6 Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) in Paketen

Die Revision des KVG als Gesamtpaket ist in den eidgenössischen Räten gescheitert. Der Bundesrat hat nun die Massnahmen priorisiert und nach Dringlichkeit in Pakete aufgeteilt. Im ersten Teilpaket schlägt der Bundesrat vor, für die Prämienverbilligung ein Sozialziel zu definieren. Da der Bund sich an den systembedingten Mehrkosten nur geringfügig beteiligen würde, hätte dieses Sozialziel grosse Kostenfolgen für die Kantone. Ebenfalls grosse finanzielle Auswirkungen auf die Kantone könnten Änderungen in der Spitalfinanzierung haben. Hier würde vorab eine Mitfinanzierung von Privatspitälern durch die Kantone zu Mehrkosten führen. Im Weiteren könnten die vorliegenden Vorschläge zur Änderung der Pflegefinanzierung zu höheren Ergänzungsleistungen führen.

Die Auswirkungen der Revision des KVG auf den Kanton Uri sind noch nicht klar abschätzbar und entsprechend im Finanzplan nicht enthalten.

5. Kantonale Finanzpolitik

Die Finanzpolitik steht im Dienste der Gesamtpolitik. Sie muss Konstanten und Flexibilität im Interesse der Urner Bevölkerung beinhalten.

5.1 Ziele

Grundsätzlich sollen mit einem Minimum an Aufwand (u.a. bezüglich Steuerbelastung bzw. Verwaltungstätigkeit oder Fremdaufträgen) die notwendigen Aufgaben finanziert werden können.

Mittelfristig streben wir die folgenden finanzpolitischen Ziele an:

- die Finanzierbarkeit der Ausgaben (d.h. den Ausgleich der Laufenden Rechnung)
- einen Abbau der Schulden
- effektive und effiziente Strukturen und Abläufe (u.a. richtige Finanzanreize)
- eine Reduktion der Steuerlast.

Kurzfristig haben wir uns in der laufenden Legislatur zum Ziel gesetzt, die zusätzliche Nettolast nur noch moderat anzuwachsen zu lassen. Grundsätzlich wäre aufgrund der Finanzhaushaltverordnung (RB 3.2111 FHV) Artikel 4, die Laufende Rechnung innert sechs Jahren auszugleichen. Ohne einschneidende Massnahmen für die Urner Volkswirtschaft ist dieses Ziel jedoch derzeit nicht zu erreichen. Wir haben aber Massnahmen beschlossen, welche das Ausgabenwachstum bremsen sollen.

Neben der kurzfristigen Dämpfung des Ausgabenwachstums sehen wir als Ziele dieser Legislatur den Ausgleich der Laufenden Rechnung im Jahre 2008, eine beginnende Reduktion der Verschuldung, die Verbesserung der Aufgabenteilung und des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden, die Schaffung von Anreizsystemen (Leistungsabgeltungen) anstelle von Defizitdeckungen und die Vorbereitung von Steuerentlastungen.

5.2 Massnahmen

Die Festlegung der finanzpolitischen Massnahmen muss flexibel bleiben. Die nachfolgenden Massnahmen stellen eine Auswahl aus heutiger Sicht dar.

5.2.1 Finanzrahmen

Im August 2004 haben wir uns mit den Vorgaben zum Budget 2005 und dem Finanzrahmen für die Jahre 2005–2008 beschäftigt. Bis Ende 2003 stieg die Nettolast kontinuierlich im Schnitt um 15 Mio. Franken an. Nach eingehender Diskussion haben wir uns per Ende 2007 im Sinne einer Richtgrösse für

eine maximale Nettolast von 165 Mio. Franken ausgesprochen. Dies bedeutet ein durchschnittliches zusätzliches Verschuldungswachstum von 10 Mio. Franken für die Jahre 2004 bis 2007. Für das Finanzplanjahr 2008 wird aus Gründen der Unsicherheit lediglich davon ausgegangen, dass die NFA in Kraft ist und die Nettolast nicht mehr ansteigen wird.

5.2.2 Entlastungsprogramm Uri 2004

Nach dem Beschluss zum Finanzrahmen haben wir uns mit einem Entlastungsprogramm (EPUR04) beschäftigt. Die Beschränkung auf 165 Mio. Franken bedingte Reduktionen um mindestens 20 Mio. Franken gegenüber dem Finanzplan 2004–2007. Kein Thema waren Erhöhungen irgendwelcher Steuern. Ein Teil der Massnahmen wurde bereits mit dem Budget 2005 umgesetzt. In die Überlegungen wurde auch der 10 % – Sparbericht, welcher dem Landrat am 09. März 2004 vorgelegt wurde, mit einbezogen. In mehreren Sitzungen setzten wir uns mit den eingebrachten Vorschlägen auseinander. Im Einzelnen gibt das am 21. Dezember 2004 verabschiedete EPUR04 Auskunft. Ein grosser Teil der beschlossenen Massnahmen ist im vorliegenden Finanzplan enthalten. Die anderen Vorschläge brauchen noch vermehrt Abklärungen. Wir werden uns, nach entsprechenden Abklärungen, im Frühling 2005 mit den restlichen Massnahmen auseinandersetzen und entsprechende Beschlüsse fassen.

Mit dem EPUR04 wird auch überprüft, welche Teile aus dem Finanzvermögen verkauft werden können. Mögliche Erträge (realisierte Buchgewinne) sind im Finanzplan nicht enthalten.

5.2.3 NFA-Umsetzung

Mit der Umsetzung der NFA des Bundes wird der Kanton Uri eine mehrfache Chance wahrnehmen. Wir werden im Hinblick auf die Einführung der NFA Gesetze:

- die staatlichen Tätigkeiten hinterfragen
- die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden bessern
- entsprechend verschiedene Verfahrensabläufe umstellen
- Finanzplan- und Budgetanpassungen vornehmen
- Übergangsprobleme angehen
- den innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleich anpassen.

Zur Zeit wird eine Projektorganisation aufgebaut, welche unter Einbezug der Gemeinden eine gute Lösung im Interesse des ganzen Kantons gewährleisten soll.

5.2.4 Steuerentlastung

Die mit der Umsetzung der NFA zu erwartende Entlastung von 22 Mio. Franken soll nebst dem Ausgleich der Laufenden Rechnung und dem Schuldenabbau mittelfristig auch zur allgemeinen Steuersenkung führen. Handlungsbedarf besteht nicht zuletzt bei der Familien- und Unternehmungsbesteuerung.

Der Landrat hat in einem ersten Schritt zur steuerlichen Entlastung von Personen mit bescheidenem Einkommen eine Gesetzesrevision vorgenommen. Die Volksabstimmung erfolgt im September 2005, die Inkraftsetzung ist auf den 01. Januar 2006 vorgesehen. Die Ausfälle der Kantonssteuern von ca. 0.3 Mio. Franken sind im Finanzplan berücksichtigt.

III. RÜCKBLICK AUF DEN FINANZPLAN 2001 – 2004

Der Finanzplan 2001–2004 wurde dem Landrat in der Session vom 2./4. April 2001 zur Kenntnis gebracht.

6. Resultate

6.1 Verwaltungsrechnung (in 1'000 Fr.)

	Fipla 2001–2004 kumuliert	R 01/02/03, B2004 kumuliert	Abweichungen kumuliert	Verbesserung
Laufende Rechnung				
Total Aufwand	1'166'352	1'165'167	-1'185	
Total Ertrag	1'079'036	1'141'986	62'950	
Aufwandüberschuss	87'316	23'181	-64'135	-64'135
Investitionsrechnung				
Total Ausgaben	570'597	601'719	31'122	
Total Einnahmen	478'642	521'028	42'386	
Nettoinvestitionen	91'955	80'691	-11'264	-11'264
Finanzierung				
Nettoinvestitionen	91'955	80'691	-11'264	
Abschreibungen	84'859	82'864	-1'995	
Aufwandüberschuss LR	87'316	23'181	-64'135	
Finanzierungsfehlbetrag	94'413	21'007	-73'406	-73'406

Die Kantonsrechnungen (inkl. Budget 2004) dieser Periode sind bezüglich des Aufwands geringfügig besser ausgefallen als geplant. Zieht man die Entlastungen des Bundes der vergangenen Jahre zu Lasten der Kantone oder höhere Aufwendungen für das Kantonsspital Uri sowie die Fachhochschulen Zentralschweiz (inkl. Pädagogische Fachhochschule Zentralschweiz) in Betracht, konnten bzw. mussten in vielen anderen Bereichen entsprechende Einsparungen gemacht werden (z.B. tieferer Zinsaufwand von 6 Mio. Franken für aufgenommene Darlehen).

Auf der Ertragsseite beträgt die Verbesserung 63 Mio. Franken. Die grössten Abweichungen ergeben sich aus den höheren Steuererträgen mit einem Plus von 39 Mio. Franken, 11.6 Mio. Franken Mehrerträge steuerten die Nationalbank und die Urner Kantonalbank bei, 5.5 Mio. Franken sind Mehrerträge bei der Kostenstelle Gesundheit (Prämienverbilligung). Die Rückerstattungen für Dosierungsmassnahmen A2 von 9.5 Mio. Franken waren im Finanzplan 2001–2004 nicht enthalten. Mit einem Rückgang der ernerischen Position auf der Finanzkraftskala wurde zwar gerechnet. Dieser fiel aber stärker aus als angenommen, was sich für die Bundesbeiträge an den Kanton Uri positiv auswirkte.

Dem stehen aber auch Einbussen bei den Erträgen gegenüber. So fielen z.B. die Erträge aus den Anteilen der direkten Bundessteuern 11.4 Mio. Franken tiefer aus als geplant.

Mit der Umstellung auf die Gegenwartsbesteuerung im Jahre 2001 fielen während einiger Jahre die Erträge weit über den Planzahlen an. Im Jahre 2001 erfolgte die letzte (buchhalterische) Rückzahlung der Darlehen für die Arbeitslosenversicherungen. Diese beiden Faktoren führten im Jahre 2001 zu einer ausgeglichenen Rechnung.

6.2 Nettolast

Die Verbesserungen in der Verwaltungsrechnung gegenüber dem Finanzplan führten zu folgender Entwicklung der Nettolast:

	Fipla 2001 bis 2004	R01/02/03, B2004	Abweichungen
Nettolast			
R 2000	107.3	98.5	-8.8
R 2001	129.5	98.9	-30.6
R 2002	153.7	109.0	-44.7
R 2003	175.9	125.3	-50.6
B 2004	201.8	135.4	-66.4

IV ERGEBNIS FINANZPLAN 2005 – 2008

7. Aufwand und Ertrag nach Gliederungen

7.1 Artengliederung

7.1.1 Aufwand Laufende Rechnung (in Fr. 1'000)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008	% ¹⁾
Total	297'529	306'374	312'668	312'612	316'598	321'221	2.74
Personalaufwand	79'296	82'294	83'217	84'324	85'281	86'946	4.48
Sachaufwand	33'848	35'812	36'627	36'139	35'990	36'308	-0.87
Passivzinsen	6'764	7'387	7'253	7'633	7'933	8'083	11.44
Abschreibungen	21'479	21'021	23'451	22'393	23'244	24'553	4.70
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	4'908	4'978	4'676	4'626	4'626	4'626	-1.07
Entschädigungen an Gemeinwesen	14'182	14'972	14'662	13'893	13'311	13'311	-9.21
Eigene Beiträge	94'804	99'403	101'077	102'260	105'018	107'150	6.01
Durchlaufende Beiträge	29'098	27'077	27'073	27'126	27'126	27'126	0.20
Zuweisungen an Spezial- fonds und -finanzierungen	348	129	130	107	107	107	-17.69
Interne Verrechnungen	12'802	13'301	14'502	14'111	13'962	13'011	-10.28

¹⁾ Diese Spalte zeigt die Veränderung vom Jahr 2005 zum Jahr 2008 in Prozenten.

Infolge EPUR04 fällt die Zunahme des Gesamtaufwandes eher gering aus. Der Sachaufwand wird durch Kürzungen tief gehalten. Solange jährlich ein Finanzierungsfehlbetrag zu verzeichnen ist, nimmt der Zinsaufwand zu. Die Entwicklung bei den Entschädigungen an die Gemeinwesen ergibt sich vor allem aus Plafonierungen und Verschiebungen. Die weiterhin starken Zunahmen bei den Eigenen Beiträgen resultieren aus Beiträgen an Besoldungen von Lehrpersonen, Beiträgen im Bereich Sozialversicherung (AHV, IV, Ergänzungsleistungen etc.), Beiträgen an Prämienverbilligung in der Krankenversicherung und Beiträgen an Spitäler.

7.1.2 Ertrag Laufende Rechnung (in Fr. 1'000)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008	% ¹⁾
Total	289'460	300'191	307'582	312'019	306'961	321'337	4.47
Steuern	99'612	102'478	105'050	108'450	103'450	105'950	0.86
Regalien und Konzessionen	30'613	34'299	34'058	34'108	34'108	34'108	0.15
Vermögenserträge	9'628	8'508	8'956	8'956	8'956	8'956	0.00
Entgelte	30'374	29'526	31'498	32'336	32'366	32'377	2.79
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	17'590	20'065	18'429	18'429	18'429	31'429	70.54
Rückerstattung von Gemeinwesen	5'080	4'977	5'705	5'816	5'669	5'685	-0.35
Beiträge für eigene Rechnung	52'821	57'972	57'922	58'711	59'060	59'651	2.99
Durchlaufende Beiträge	29'098	27'077	27'073	27'126	27'126	27'126	0.20
Bezüge aus Spezialfonds und -finanzierungen	1'842	1'988	4'389	3'976	3'835	3'044	-30.64
Interne Verrechnungen	12'802	13'301	14'502	14'111	13'962	13'011	-10.28

¹⁾ Diese Spalte zeigt die Veränderung vom Jahr 2005 zum Jahr 2008 in Prozenten.

Da im Jahr 2007 mit dem Ausgleich der kalten Progression gerechnet wird, steigen die Erträge aus Steuern nur gering an. Bei den Entgelten werden Mehrerträge bei den Bussen angenommen. In Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung sind im Jahre 2008 für den Ausgleich der Laufenden Rechnung 13 Mio. Franken aus der NFA enthalten.

7.1.3 Ausgaben Investitionsrechnung (in Fr. 1'000)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008	% 1)
Total	123'907	156'460	152'484	195'528	170'334	122'417	-19.72
Sachgüter	106'067	132'862	133'918	175'708	150'144	104'547	-21.93
Darlehen und Beteiligungen	433	380	440	450	450	450	2.27
Eigene Beiträge	6'497	12'440	11'050	12'045	11'185	9'235	-16.43
Durchlaufende Beiträge	10'910	10'778	7'076	7'325	8'555	8'185	15.67

1) Diese Spalte zeigt die Veränderung zwischen den Jahren 2005 und 2008 in Prozenten.

Die Zunahme bei den Sachgütern ergibt sich vor allem aus den Unterhaltsarbeiten bei der Nationalstrasse A2. Wir wollen in den kommenden Jahren zu Gunsten der Bauwirtschaft und des Lärmschutzes den Unterhalt der Nationalstrasse (Amsteg–Erstfeld) vorantreiben, obwohl die Nationalstrasse ab dem Jahre 2008 Sache des Bundes sein wird.

7.1.4 Einnahmen Investitionsrechnung (in Fr. 1'000)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008	% 1)
Total	97'817	131'892	125'355	164'226	141'608	98'420	-21.49
Rückzahlungen von Darlehen und Beteiligungen	302	340	281	323	318	295	4.98
Rückerstattung für Sachgüter	800	1'622	2'521	3'389	2'827	1'165	-53.79
Beiträge für eigene Rechnung	85'805	119'152	115'477	153'189	129'908	88'775	-23.12
Durchlaufende Beiträge	10'910	10'778	7'076	7'325	8'555	8'185	15.67

1) Diese Spalte zeigt die Veränderung zwischen den Jahren 2005 und 2008 in Prozenten.

Durch die erhöhten Unterhaltsarbeiten bei der Nationalstrasse A2 erfolgen höhere Bundesbeiträge.

7.2 Funktionale Gliederung (Aufwand/Ausgaben) (in Fr. 1'000)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008	% 1)
Total	421'436	462'834	465'152	508'140	486'932	443'638	-4.63
Allgemeine Verwaltung	21'094	21'778	22'766	22'166	22'489	22'670	-0.42
Öffentliche Sicherheit	35'188	37'627	36'604	39'542	40'810	37'904	3.55
Bildung	62'214	65'060	65'954	65'183	65'265	66'056	0.15
Kultur und Freizeit	4'308	4'523	4'663	4'546	4'557	4'649	-0.30
Gesundheit	25'329	28'744	26'876	28'097	28'687	29'310	9.06
Soziale Wohlfahrt	37'002	40'867	40'915	41'877	42'805	43'669	6.73
Verkehr	128'241	153'565	153'780	191'501	169'049	131'985	-14.17
Umwelt und Raumordnung	22'348	23'688	25'059	26'394	23'153	18'210	-27.33
Volkswirtschaft	50'472	51'304	51'264	52'401	52'550	50'174	-2.13
Finanzen und Steuern	35'240	35'678	37'271	36'433	37'567	39'011	4.67

1) Diese Spalte zeigt die Veränderung zwischen den Jahren 2005 und 2008 in Prozenten.

Bei der Öffentlichen Sicherheit fallen in den Jahren 2006 und 2007 die Ausgaben für das neue Funksystem Polycom und ab 2008 die Betriebskosten für dieses System an. Beim Verkehr ergeben sich hohe Ausgaben im Bereich der Erneuerung des Belages auf der Nationalstrasse A2. Bei der Gesundheit sind die Beiträge für die Spitäler weiterhin am steigen, bei der Sozialen Wohlfahrt die Beiträge an AHV, IV und die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung. Bei Umwelt und Raumordnung wird damit gerechnet, dass die Gewässerverbauungen in Kürze abgeschlossen werden können, ebenso die Inselschüttungen und das Erstellen der Flachwasserzone im Urnersee. Im Jahre 2008 sollten bei der Volkswirtschaft weniger Beiträge nach IHG beansprucht werden. Zunahmen von Abschreibungen und Zinsaufwand steigern den Aufwand bei den Finanzen und Steuern.

7.3 Institutionelle Gliederung

7.3.1 Laufende Rechnung

Im Finanzplan gehen wir grundsätzlich gegenüber dem Budget 2005 nicht von einer Erhöhung des Stellenplanes aus. Eine neue Stelle wird zwar ab 2006 bei der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) geschaffen. Diese Stelle finanziert aber zu 100 Prozent der Bund. Zwei zusätzliche Stellen sind ab 2006 möglicherweise bei der Kantonspolizei im Bereich Radar Rück vorgesehen (Massnahme EPUR04). Im Finanzplan ist lediglich der Nettomehrertrag bei den Bussen ersichtlich.

7.3.1 Laufende Rechnung (in Fr. 1'000)

Aufwendungen (A) und Erträge (E)

			2005	2006	2007	2008
10	Landrat	A	404	404	406	412
1005	Landrat	A	404	404	406	412
20	Regierungsrat und Landammannamt	A	3'529	3'564	3'753	3'640
2000	Regierungsrat	A	2'025	2'047	2'052	2'073
2005	Kommissionen	A	153	154	155	156
2010	Standeskanzlei und Rechtsdienst	A	1'402	1'403	1'580	1'445
2015	Amtsblatt	E	51	39	34	34
21	Baudirektion	E	17'585	18'026	17'642	17'170
2100	Direktionssekretariat	A	1'055	1'022	1'036	1'058
2105	Planung und Infrastruktur Strassen	A	980	1'048	1'125	1'219
2111	Betrieblicher Unterhalt Kantonsstrassen	A	6'058	6'106	6'169	6'247
2116	Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	A	945	1'084	1'270	1'501
2121	Wasserbau	A	804	810	821	834
2125	Mineralölsteuerertrag und Strassenverkehrs- abgaben, werkungebunden	E	12'550	13'050	13'050	13'050
2130	Amt für Energie	A	406	409	415	422
2140	Amt für Hochbau, Verwaltungsvermögen und Miete	A	3'412	3'289	3'314	3'341
2145	Amt für Hochbau, Liegenschaften im Finanzvermögen	E	376	423	422	421
2150	Konzessionserträge	E	18'320	18'320	18'320	18'320

Der Ertrag aus dem ausserordentlichen Anteil am Mineralölsteuerertrag ist zur Zeit unsicher. Er ist im Finanzplan mit 0.5 Mio. anstelle von 1 Mio. Franken enthalten.

			2005	2006	2007	2008
22	Bildungs- und Kulturdirektion	A	63'040	62'173	62'523	63'374
2200	Direktionssekretariat und Verwaltung	A	1'826	1'845	1'856	1'866
2205	Erziehungsrat	A	94	95	95	96
2210	Amt für Volksschulen	A	27'603	27'011	27'788	28'357
2212	Kantonale Mittelschule	A	10'359	10'500	10'580	10'738
2215	Ausserkantonale Mittelschulen und Lehrerbildungsanstalten	A	1'950	1'477	836	836
2217	Amt für Beratungsdienste	A	1'107	1'127	893	911
2220	Berufsbildung und Mittelschulen	A	4'563	4'115	3'949	3'840
2225	Berufsfachschule Uri	A	2'558	2'613	2'669	2'762
2230	Kaufmännische Berufsschule	A	1'733	1'707	1'817	1'851
2235	Hauswirtschaftliche Berufsschule und Weiterbildung	A	39	40	41	42
2237	Bauernschule Bäuerinnen- und Bauernausbildung	A	413	367	374	383

		2005	2006	2007	2008	
2245	Höhere Schulen	A	8'454	9'132	9'432	9'432
2246	Kulturförderung und Jugendarbeit	A	199	203	208	214
2247	Kulturpflege	A	302	239	242	246
2248	Staatsarchiv	A	978	867	904	882
2249	Kantonsbibliothek	A	516	500	500	573
2250	Amt für Sport	A	344	334	339	345

Der Beitrag an das Lehrerseminar Rickenbach (2215) entfällt ab dem Jahre 2007. Die Beiträge an Schulen im Spitalbereich (2220) nehmen ab. Die Beiträge an die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (2245) steigen bis ins Jahr 2007 weiterhin an.

		2005	2006	2007	2008	
23	Finanzdirektion	E	102'415	106'359	100'001	112'913
2300	Direktionssekretariat	A	310	291	304	300
2305	Verwaltung Staatliche Versicherungskasse	A	188	186	185	183
2306	Ruhegehälter des Regierungsrates	A	915	919	926	935
2310	Finanzkontrolle	A	390	386	394	403
2320	Amt für Finanzen	A	1'801	1'935	1'949	2'044
2324	Vermögens- und Schuldenverwaltung	A	24'146	23'610	24'894	27'252
2326	Anteile von Banken	E	18'020	18'020	18'020	18'020
2328	Innerkantonaler Finanzausgleich, zweckungebunden	A	2'550	2'500	2'500	2'500
2330	Amt für Personal	A	980	979	1'002	1'100
2340	Amt für Informatik	A	1'573	1'683	1'721	1'685
2350	Amt für Steuern	A	3'083	3'052	3'026	3'085
2355	Kantonale Steuern	E	102'081	105'631	100'631	103'131
2358	Anteile an Bundessteuern	E	18'250	18'250	18'250	31'250

Die Verzinsung für aufzunehmende Darlehen sowie die Abschreibungen (2324) erhöhen sich weiterhin. Zu den Kantonalen Steuern (2355) vgl. Ziffer 3.3. Zu den Anteilen an Bundessteuern (2358) vgl. Ziffer 4.5 und 10.4.

		2005	2006	2007	2008	
24	Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion	A	41'406	42'750	43'906	44'799
2400	Direktionssekretariat	A	383	382	386	392
2405	Sozialhilfe	A	1'901	1'742	1'808	1'824
2407	Asylsuchende und Flüchtlinge	A	180	173	174	176
2410	Sozialversicherung	A	9'584	9'876	10'042	10'219
2415	Gesundheit	A	4'567	4'690	4'861	4'965
2417	Spitäler	A	22'390	23'240	23'940	24'540
2419	Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe	E	350	350	350	350
2420	Gewässerschutz	A	1'680	1'875	1'896	1'851
2422	Chemiewehr	A	226	249	254	270
2425	Immissionsschutz	A	876	903	925	943
2430	Fischerei	E	30	30	30	30

Für die kommenden Jahre wird mit mehr kantonalen Beiträgen für die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung (2415) gerechnet.

			2005	2006	2007	2008
25	Justizdirektion	A	3'983	3'847	3'930	4'036
2500	Direktionssekretariat und Beschwerdedienst	A	764	770	781	794
2510	Strafvollzug und Schutzaufsicht	A	467	533	534	535
2513	Handelsregister	E	26	26	26	25
2516	Bürgerrecht und Zivilstand	A	399	424	435	456
2520	Grundbuchamt	A	32	-92	-80	-65
2525	Amtliche Vermessung	A	40	40	40	40
2530	Raumplanung	A	851	830	829	841
2533	Natur- und Landschaftsschutz	A	309	301	319	327
2540	Konkursamt	A	33	33	33	34
2545	Staatsanwalt	E	588	649	643	637
2548	Jugendanwalt	A	111	112	114	116
2550	Verhörerichter	A	410	391	397	403
2555	Gerichtskanzlei Uri	A	1'144	1'145	1'161	1'181
2556	Gerichtskanzlei Ursern	A	37	36	36	37

			2005	2006	2007	2008
26	Sicherheitsdirektion	A	6'360	6'186	6'578	7'421
2600	Direktionssekretariat	A	305	264	261	267
2610	Kantonspolizei	A	3'895	3'659	3'964	4'739
2620	Strassen- und Schiffsverkehr	E	333	311	346	300
2630	Amt für Militär und Bevölkerungsschutz	A	1'042	1'031	1'132	1'155
2640	Forst	A	1'319	1'423	1'402	1'421
2642	Forstregiebetrieb	A		-5	38	1
2645	Jagd	A	133	124	127	137

Für Unterhalt und Betrieb Sicherheitsnetz Uri (POLYCOM) (2610) sind ab dem Jahre 2008 netto 0.5 Mio. Franken eingesetzt.

			2005	2006	2007	2008
27	Volkswirtschaftsdirektion	A	5'854	5'640	5'720	5'813
2700	Direktionssekretariat und BVG-Aufsichtsbehörde	A	452	449	455	461
2705	Förderung Tourismus	A	204	184	184	184
2708	Regionale Entwicklung	E	6	5	4	3
2710	Wirtschaftliche Entwicklung	A	591	586	586	588
2715	Heimarbeit	A	250	248	247	245
2716	Mietrecht/Kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung	A	156	157	159	162
2720	Öffentlicher Verkehr	A	745	759	800	813
2721	Neat	A	423	273	273	273
2730	Amt für Arbeit und Migration	A	494	541	516	529
2740	Amt für Landwirtschaft	A	783	756	764	773
2742	Landwirtschaft Direktzahlungen	A	364	361	371	376
2744	Produktion und Absatz	A	359	309	334	361
2746	Tierseuchenbekämpfung	A	230	230	230	230
2748	Beratungsdienst	A	251	249	253	258
2750	Meliorationen und Seilbahnkontrolle	A	557	544	552	562

		2005	2006	2007	2008	
30	Gerichte	A	509	415	463	472
3000	Obergericht	A	284	262	265	269
3005	Landgericht Uri	A	181	109	154	159
3010	Landgericht Ursern	A	35	35	36	36
3015	Jugendgericht	A	9	9	9	9

7.3.2 Investitionsrechnung (in 1'000 Franken)

Die folgende Übersicht zeigt die wichtigsten, während der Planperiode vorgesehenen Nettoinvestitionen zu Lasten der Kantonsrechnung.

	2005	2006	2007	2008
Nettoinvestitionen				
<i>Kantonsstrassen</i>				
Baulicher Unterhalt Kantonsstrassen ¹⁾	6'000	5'500	5'500	7'000
Klausenstrasse	675	1'180	1'180	1'180
Furkastrasse	330	330	330	330
Baulicher Umweltschutz Kantonsstrassen	360	250	250	250
Bauerstrasse	1'200	1'000	1'000	1'000
<i>Nationalstrassen</i>				
Alle Abschnitte ²⁾	3'263	4'427	3'759	2'598
<i>Gemeindestrassen</i>				
Grund- und Zuschlagsbeiträge	150	75	75	75
<i>Anschaffungen Kantons- und Nationalstrassen</i>				
Fahrzeuge, Maschinen, Geräte	590	550	550	550
Hochwasserschutz	1'365	2'121	1'280	1'079
Hochbauten (Parkplätze, Depoträume)	445			
Beiträge an Schulanlagen	456	400	400	400
Denkmalpflege und Ortsbildschutz	386	400	400	400
Baubeiträge an Heime	2'000	2'200	2'200	2'200
Investitionspauschale Kantonsspital Uri	1'469	1'800	1'600	1'600
Gewässerschutz (v.a. Beiträge an Abwasserreinigungsanlagen)	1'200	1'400	1'530	1'400
Amtliche Vermessung	157	102	102	102
<i>Kantonspolizei</i>				
Umrüstung der mobilen Radargeräte /-kabinen		160	160	
Sicherheitsfunknetz POLYCOM, Regionalnetz Uri		2'000	2'000	
Digitalisierung Fotografie, Elektronische Aktenablage			200	
Anschaffung von Informatikmitteln		360	300	

	2005	2006	2007	2008
Strassen- und Schiffsverkehr		500	68	68
Forst	503	650	650	650
Jagd (Schiessanlage Standel)		155		
Naturgefahren (Verbauungen)	303	320	320	320
Beiträge an private Institutionen (IHG)	2'000	2'000	2'000	350
Investitionsprogramm Matterhorn Gotthard Bahn	805	805	300	
Landwirtschaft (v.a. Beiträge an Strukturverbesserungen und Wohnsanierungen)	1'680	1'780	1'780	1'780

1) Mit EPUR04 wurde der Betrag für den baulichen Unterhalt der Kantonstrassen in den Jahren 2006 und 2007 auf 5.5 Mio. Franken festgelegt.

2) Mit der Zunahme im Unterhalt der Nationalstrasse steigt der aus Kantonsmitteln zu finanzierende Anteil des Kantons Uri, vgl. Ziffer 7.1.3.

8. Bestandesrechnung

8.1 Verwaltungsvermögen (in Mio. Franken)

Neben dem Finanzvermögen bildet das Verwaltungsvermögen den wichtigsten Teil der Aktivseite der Bilanz (Bestandesrechnung). Ausgehend vom Buchwert der Rechnung 2003 werden bei den Sachgütern (Liegenschaften, Tiefbauten, Wasserbau, Mobiliar, Maschinen, Fahrzeuge und übrige) sowie bei den Investitionsbeiträgen die Aktivierungen der Ausgaben dazugechnet, die Passivierungen der Einnahmen und Abschreibungen in Abzug gebracht. Das Verwaltungsvermögen entwickelt sich gemäss den untenstehenden Zahlen. Mit dem Ansteigen des abzuschreibenden Teils des Verwaltungsvermögens werden die zukünftigen Abschreibungen höher ausfallen.

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008
Buchwert Sachgüter und Investitionsbeiträge	141.7	145.6	149.7	159.0	165.0	164.9
Darlehen und Beteiligungen	49.9	49.9	50.1	50.2	50.4	50.5
Verwaltungsvermögen (total)	191.6	195.5	199.8	209.2	215.4	215.4

8.2 Eigenkapital

Aufgrund der vorliegenden Resultate der Laufenden Rechnung entwickelt sich das Eigenkapital wie folgt:

Stand per 31.12.2003	15.56 Mio. Franken
Stand per 31.12.2004	9.38 Mio. Franken
Stand per 31.12.2005	4.29 Mio. Franken
Stand per 31.12.2006	3.70 Mio. Franken
Stand per 31.12.2007	-5.94 Mio. Franken
Stand per 31.12.2008	-5.82 Mio. Franken

Rechnerisch ist also ab 2007 von einem Bilanzfehlbetrag auszugehen, welcher erstmals im Jahr 2009 mit 25 Prozent abzuschreiben wäre. Vorbehalten bleibt die Abschreibung des Bilanzfehlbetrags mit Mitteln der NFA (siehe Ziffer 4.5)

9. Finanzbedarf und Finanzierung

Der Fremdmittelbedarf der Finanzplanperiode zeigt sich in den kommenden Jahren folgendermassen. Dabei sind eventuelle Zahlungen aus dem Verkauf der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank nicht berücksichtigt.

	2005	2006	2007	2008
Finanzierungsfehlbetrag	9.3	10.1	15.7	0.0
Fällige Darlehen	4.0	35.0	9.0	20.0
Aufzunehmende Darlehen	13.3	45.1	24.7	20.0

10. Tabellen und Grafiken

10.1 Institutionelle Gliederung, Verwaltungsrechnung (in 1'000 Fr.)

	2005		2006		2007		2008	
	A	E	A	E	A	E	A	E
Landrat	404		404		406		412	
Regierungsrat, Landammannamt	5'827	2'304	5'855	2'296	6'042	2'294	5'933	2'298
Baudirektion	171'349	174'526	212'680	215'223	188'111	191'779	146'048	149'106
Bildungs- und Kulturdirektion	69'718	5'694	68'784	5'701	68'907	5'474	69'776	5'482
Finanzdirektion	48'460	150'874	48'039	154'400	49'133	149'134	50'553	163'468
Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion	74'117	27'892	76'316	27'966	78'201	28'764	80'750	30'650
Justizdirektion	12'484	6'864	9'068	4'628	8'481	4'009	7'944	3'416
Sicherheitsdirektion	38'317	31'137	42'110	31'769	43'147	32'861	40'141	31'672
Volkswirtschafts- direktion	43'697	33'377	44'095	33'888	43'667	33'880	41'234	33'291
Gerichte	779	269	789	374	837	374	847	374
mit Bau Nationalstrasse	465'152	432'937	508'140	476'245	486'932	448'569	443'638	419'757
Nationalstrasse	108'768	105'505	147'611	143'184	125'321	121'562	86'639	84'041
ohne Bau Nationalstrasse	356'384	327'432	360'529	333'061	361'611	327'007	356'999	335'716
<i>Abweichungen gegenüber Vorjahr in %</i>								
mit Bau Nationalstrasse	0.50	0.20	9.24	10.00	-4.17	-5.81	-8.89	-6.42
ohne Bau Nationalstrasse	2.57	2.27	1.16	1.72	0.30	-1.82	-1.28	2.66

10.2 Anteile der Bundesbeiträge und Kantonsanteile an den Bundeseinnahmen verglichen mit den konsolidierten Gesamtausgaben (in Mio. Franken)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008
Aufwand der LR und Ausgaben der IR	421.44	462.83	465.15	508.14	486.92	443.64
– Abschreibungen	-20.95	-20.58	-22.95	-21.79	-22.64	-23.95
– Interne Verrechnungen und Zuweisungen						
an Fonds und Spezialfinanzierungen	-13.15	-13.43	-14.63	-14.22	-14.07	-13.11
– Durchlaufende Beiträge, LR und IR	-40.01	-37.86	-34.15	-34.45	-35.68	-35.31
Konsolidierte Gesamtausgaben	347.33	390.96	393.42	437.68	414.53	371.27
Bundesbeiträge für eigene Rechnung LR	43.84	48.88	48.51	49.33	49.78	50.24
Bundesbeiträge für eigene Rechnung IR	81.93	116.49	112.65	152.22	129.50	88.37
Total Bundesbeiträge exkl. durchlaufende Bundesbeiträge	125.77	165.37	161.16	201.55	179.28	138.61
Anteile Bundesbeiträge an konsolidierten Gesamtausgaben in %	36.2	42.3	41.0	46.0	43.2	37.3
Bundesbeiträge exkl. durchlaufende Bundesbeiträge	125.77	165.37	161.16	201.55	179.28	138.61
Anteile an Bundeseinnahmen	17.59	20.07	18.43	18.43	18.43	31.43
Total Beiträge und Anteile	143.36	185.44	179.59	219.98	197.71	170.04
Anteile Bundesbeiträge und Anteile an Bundeseinnahmen verglichen mit konsolidierten Gesamtausgaben in %	41.3	47.4	45.6	50.3	47.7	45.8

10.3 Werkgebundene und werkungebundene Beiträge des Bundes bzw. Anteile an Bundeserträgen (in Mio. Franken)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008
Konsolidierte Gesamtausgaben (KG)	347.33	390.96	393.42	437.68	414.53	371.27

a) werkgebundene Beiträge (WB)

Bundesbeiträge LR	43.84	48.88	48.51	49.33	49.78	50.24
Bundesbeiträge IR	81.93	116.49	112.65	152.22	129.50	88.37
Total Bundesbeiträge	125.77	165.37	161.16	201.55	179.28	138.61
Anteil WB an KG in %	36.2	42.3	41.0	46.0	43.2	37.3

b) wichtige werkungebundene Beiträge/Anteile (WUB)

Anteil Treibstoffzölle	6.52	7.40	6.45	6.95	6.95	6.95
Alpenstrassen	3.96	4.25	4.35	4.35	4.35	4.35
LSVA	2.28	2.60	3.50	3.50	3.50	3.50
Direkte Bundessteuer	4.50	4.60	4.50	4.50	4.50	4.50
Finanzausgleich direkte Bundessteuer	11.11	13.25	12.50	12.50	12.50	12.50
Verrechnungssteuer	1.74	2.00	1.25	1.25	1.25	1.25
Nationalbank-Gewinnanteil	9.44	13.05	13.02	13.02	13.02	13.02
Total	39.55	47.15	45.57	46.07	46.07	46.07
Anteil WUB an KG in %	11.4	12.1	11.6	10.5	11.1	12.4

c) werkungebundene Beiträge / Anteile des Bundes mit Finanzausgleichswirkung (FAW)

Anteil Treibstoffzölle	6.52	7.40	6.45	6.95	6.95	6.95
Finanzausgleich direkte Bundessteuer	11.11	13.25	12.50	12.50	12.50	12.50
Verrechnungssteuer	1.74	2.00	1.25	1.25	1.25	1.25
Nationalbank-Gewinnanteil	9.44	13.05	13.02	13.02	13.02	13.02
Total	28.81	35.70	33.22	33.72	33.72	33.72
Anteil FAW an KG in %	8.3	9.1	8.4	7.7	8.1	9.1

10.4 Zweckungebundene Erträge (in Mio. Franken)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008
Staatssteuern natürliche Personen	76.07	76.50	82.20	85.50	80.50	83.00
Staatssteuern juristische Personen	8.99	11.50	7.60	7.60	7.60	7.60
Quellensteuern	2.63	2.00	3.20	3.20	3.20	3.20
Grundstückgewinnsteuern	3.02	3.00	2.50	2.50	2.50	2.50
Erbschafts- und Schenkungssteuern	0.62	1.00	1.00	1.00	1.00	1.00
Verkehrsbewilligungen Motorfahrzeuge	7.03	7.18	7.25	7.25	7.25	7.25
Wasserzinsen und Wartegebühren	17.44	17.44	17.44	17.44	17.44	17.44
Steuerausfallentschädigungen	1.20	1.20	1.20	1.20	1.20	1.20
Gebühren, Bussen etc.	17.49	17.60	18.92	19.84	19.84	19.90
Anteile an Bundeseinnahmen ¹⁾	17.59	20.07	18.43	18.43	18.43	31.43
Nationalbank-Gewinnanteil	9.44	13.05	13.02	13.02	13.02	13.02
Gewinnanteil Urner Kantonalbank	5.00	4.50	5.00	5.00	5.00	5.00
Total zweckungebundene Erträge (ER)	166.52	175.04	177.76	181.98	176.98	192.54
Konsolidierte Gesamtausgaben (KG)	347.33	390.96	393.42	437.68	414.53	371.27
Anteil ER an KG in %	47.90	44.80	45.20	41.60	42.70	51.90

10.5 Kennzahlen der Finanzlage (in %)

	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008
Selbstfinanzierungsanteil	5.2	5.5	6.7	7.8	4.9	8.6
Kapitaldienstanteil	7.4	7.5	8.0	7.6	8.1	8.2
Zinsbelastungsanteil	-1.1	-0.4	-0.6	-0.5	-0.4	-0.3
Investitionsquote II	35.7	40.0	38.8	44.7	41.1	33.0
Selbstfinanzierungsgrad	49.4	58.6	65.8	67.7	45.3	100.3

Begriffserklärungen:

1. *Selbstfinanzierungsanteil*

Selbstfinanzierung (Abschreibungen (+) Ertragsüberschuss (-) Aufwandüberschuss) in Prozent des Ertrages der Laufenden Rechnung (ohne Verrechnungen und durchlaufende Beiträge).

2. *Kapitaldienstanteil*

Passivzinsen und ordentliche Abschreibungen abzüglich Nettovermögensertrag (Vermögensertrag abzüglich Unterhaltsaufwand für die Liegenschaften des Finanzvermögens) in Prozent des Ertrages der Laufenden Rechnung (ohne Verrechnung und durchlaufende Beiträge).

3. *Zinsbelastungsanteil*

Differenz der Passivzinsen und des Nettovermögensertrages (Vermögensertrag abzüglich der Laufenden Rech-

nung [ohne Verrechnungen und durchlaufende Beiträge] Unterhaltsaufwand für die Liegenschaften des Finanzvermögens) in Prozent des Ertrages.

4. *Investitionsquote II*

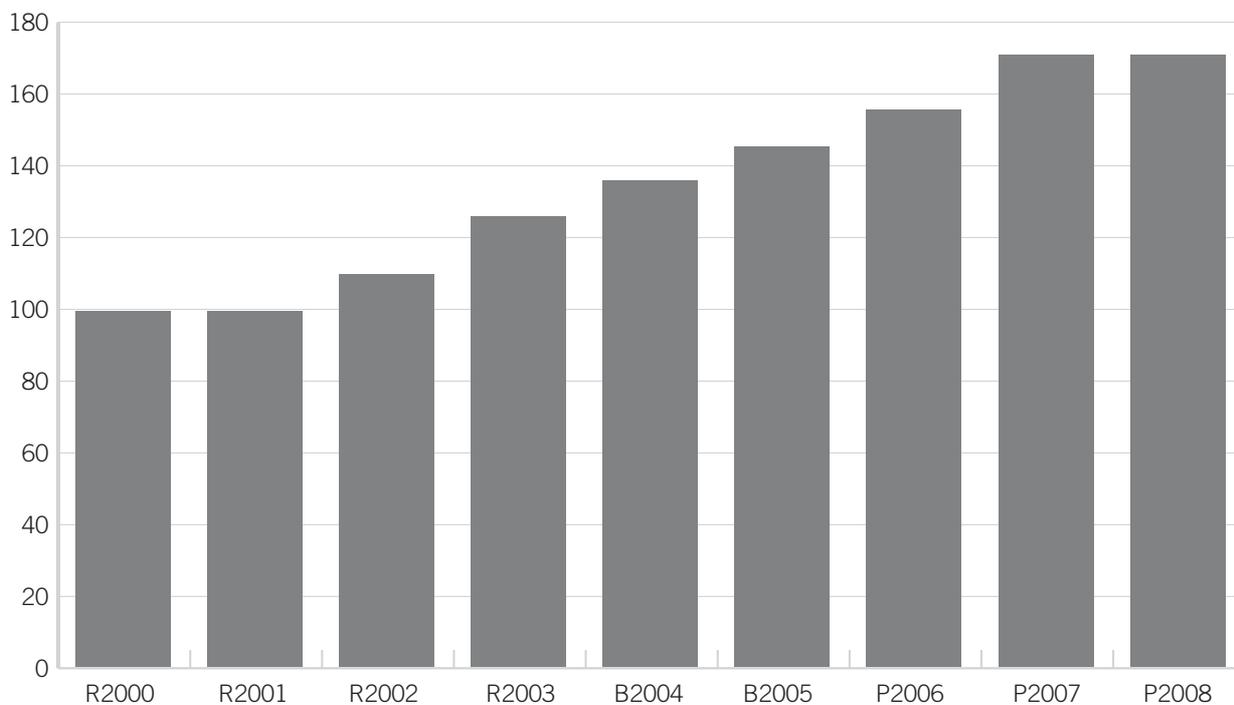
Bruttoinvestitionen in Prozent der konsolidierten Gesamtausgaben (Aufwand der Laufenden Rechnung (+) Ausgaben der Investitionsrechnung (-) Abschreibungen (-) Einlagen in Spezialfinanzierungen und Fonds (-) Verrechnungen).

5. *Selbstfinanzierungsgrad*

Selbstfinanzierung (Abschreibungen (+) Ertragsüberschuss (-) Aufwandüberschuss) in Prozent der Nettoinvestition.

10.6 Nettolast (in Mio. Franken)

Künftig zu Lasten des Gemeinwesens abzuschreibendes Verwaltungsvermögen abzüglich Eigenkapital bzw. zuzüglich Bilanzfehlbetrag.

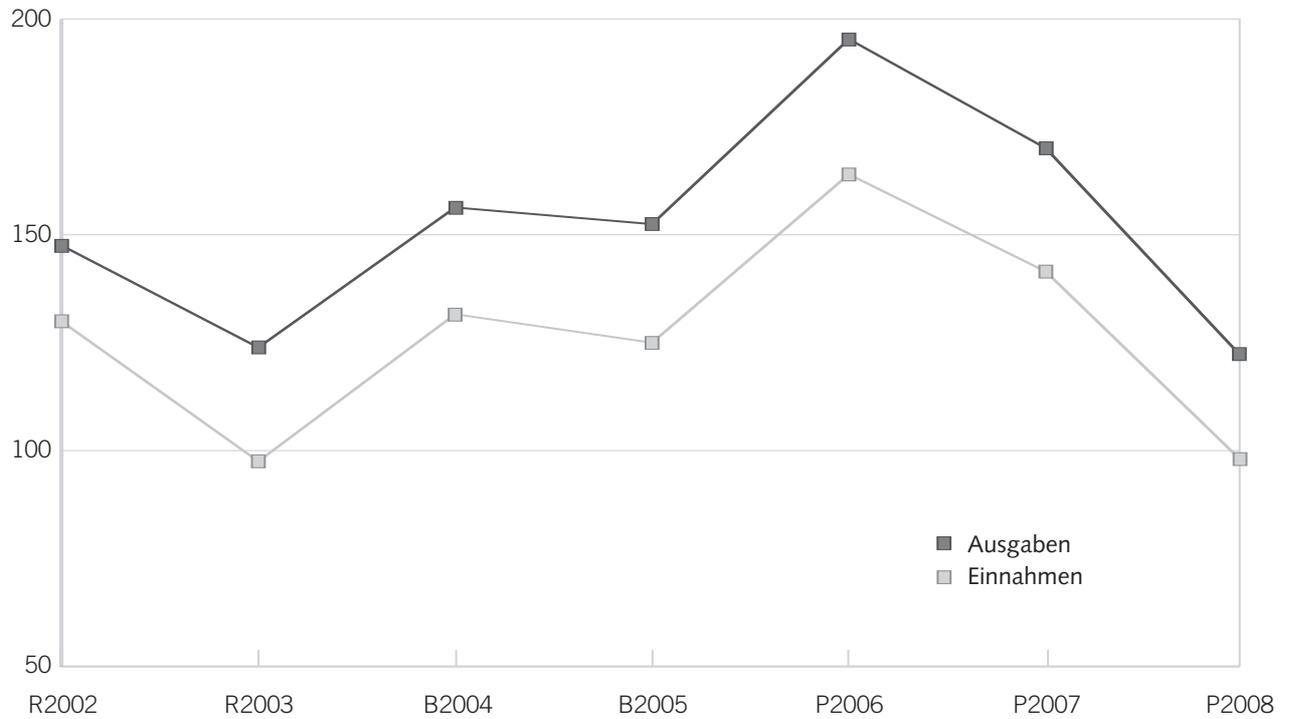


	R2000	R2001	R2002	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008
Nettolast ¹⁾	98.46	98.93	108.96	125.30	135.43	144.53	154.51	170.10	169.87

1) Nettolast: Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen minus Eigenkapital bzw. plus Bilanzfehlbetrag

10.7 Brutto- und Nettoinvestitionen

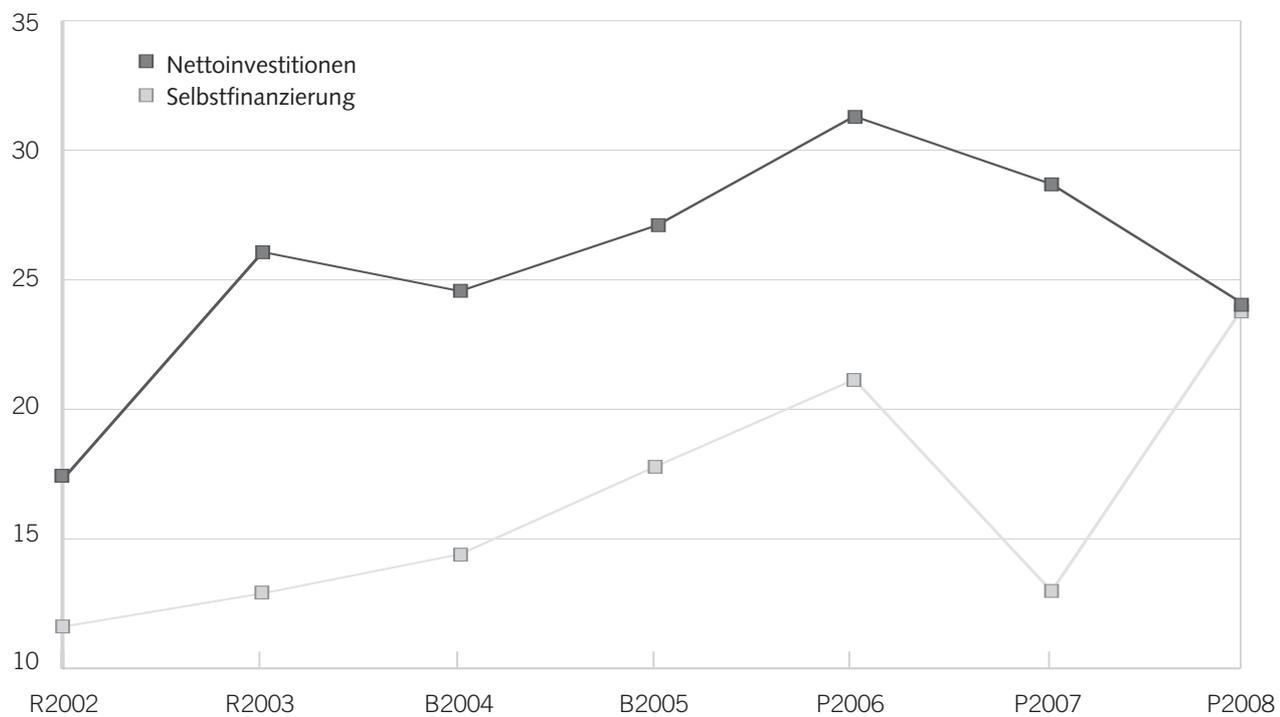
Künftig zu Lasten des Gemeinwesens abzuschreibendes Verwaltungsvermögen abzüglich Eigenkapital bzw. zuzüglich Bilanzfehlbetrag.



	R2002	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008
Ausgaben	147.68	123.91	156.46	152.48	195.53	170.33	122.42
Einnahmen	130.21	97.82	131.89	125.36	164.23	141.61	98.42
Nettoinvestitionen	17.47	26.09	24.57	27.12	31.30	28.72	24.00

In den Jahren 2006 und 2007 ist der grösste Teil des Baulichen Unterhalts der Nationalstrasse im Abschnitt Amsteg–Erstfeld geplant.

10.8 Nettoinvestitionen und Selbstfinanzierung (in Mio. Franken)



	R2002	R2003	B2004	B2005	P2006	P2007	P2008
Nettoinvestitionen	17.47	26.09	24.57	27.12	31.30	28.72	24.00
Selbstfinanzierung	11.63	12.88	14.40	17.86	21.20	13.01	24.07
Selbstfinanzierungsgrad ¹⁾	66.60	49.40	58.60	65.90	67.70	45.30	100.30

1) Selbstfinanzierungsgrad: Selbstfinanzierung (d.h. Abschreibung plus Saldo der laufenden Rechnung) in Prozenten der Nettoinvestition

10.9 Beiträge des Kantons an Bund, Kantone und Gemeinden (in 1'000 Franken)

Der Kanton leistet Beiträge an die Aufgaben des Bundes, der anderen Kantone und der Gemeinden.

Nachfolgend findet sich eine Auswahl der wichtigsten Beiträge und Entschädigungen.

	2005	2006	2007	2008
an Bund				
AHV	3'700	3'872	3'956	4'047
IV	3'545	3'721	3'824	3'917
Familienzulagen Landwirtschaft	524	520	504	499
Postauto	262	270	271	272
SBB	310	220	225	230
an Kantone				
Lehrerseminar Rickenbach	1'078	600	—	—
Auswärtige Berufs- und Fachschulen	2'192	2'192	2'192	2'192
Schulen im Spitalbereich	1'060	600	500	400
Universitäten	2'539	2'539	2'539	2'539
Fachhochschulen	3'334	3'334	3'334	3'334
Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ)	1'842	2'621	2'921	2'921
Laboratorium Urkantone	465	479	493	508
Ausserkantonale Hospitalisationen	6'000	6'100	6'200	6'300
Straf- und Massnahmevollzugskosten	380	450	450	450
Betriebskosten Untersuchungs- und Strafgefängnis Nidwalden	80	80	80	80
an Gemeinden				
Beiträge an Löhne Lehrkräfte	21'477	21'026	21'712	22'203
Beiträge an Versicherungskasse Lehrkräfte	1'946	1'906	1'968	2'012
Investitionsrechnung:				
Beiträge an Gemeindestrassen	150	75	75	75
Beiträge an Schulanlagen	456	400	400	400
Beiträge an Denkmalpflege und Ortsbildschutz	106	45	45	90
Baubeiträge an Heime	2'000	2'200	2'200	2'200
Beiträge an Abwasserreinigungsanlagen	1'200	1'400	1'400	1'400
Beiträge an Forstprojekte	628	740	740	740
Beiträge an Verbauungen (Naturgefahren)	303	320	320	320

